

SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Günther Maihold

Außenpolitik als Provokation

Rhetorik und Realität in der Außenpolitik
Venezuelas unter Präsident Hugo Chávez

S 22
Juli 2008
Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

Abdruck oder vergleichbare
Verwendung von Arbeiten
der Stiftung Wissenschaft
und Politik ist auch in Aus-
zügen nur mit vorheriger
schriftlicher Genehmigung
gestattet.

Die Studie gibt ausschließ-
lich die persönliche Auf-
fassung des Autors wieder

© Stiftung Wissenschaft und
Politik, 2008

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6372

Inhalt

- 5 **Problemstellung und Empfehlungen**
- 7 **Provokation als außenpolitisches Stilelement und Instrument politischer Interessendurchsetzung**
- 8 **Grundzüge der venezolanischen Außenpolitik unter Hugo Chávez**
- 8 Die Neupositionierung Venezuelas als zentralistische Petromacht
- 10 Die Einheit von Innen- und Außenpolitik: Merkmal des Populismus in Venezuela
- 11 Das Ende der institutionellen Diplomatie
- 12 Die bolivarianische Revolution als ideelle Grundlage der Außenpolitik
- 13 Militarisierung von Gesellschaft und Staat
- 15 Hugo Chávez Frías: Person und Projekt
- 16 **Felder venezolanischer Außenpolitik**
- 16 Das Verhältnis zu den USA – Dualität von stabiler Ölversorgung und politischer Provokation
- 18 Paralleldiplomatie und aktive Nachbarschaftspolitik
- 18 *Kolumbien – Energiepartnerschaft trotz revolutionärer Solidarität mit der Guerrilla?*
- 19 *Brasilien – distanzierter Partner im Süden*
- 20 *Argentinien – Partnerschaft durch Energiekooperation und gemeinsames Schuldenmanagement*
- 21 Allianzbildung im Zeichen der Petrodiplomatie
- 21 *ALBA – die alternative Integration*
- 22 *PetroCaribe – Beispiel solidarischer Energiekooperation?*
- 23 Der Aufbau neuer regionaler Institutionen
- 24 *Das Streben nach finanzieller Autonomie – Banco del Sur*
- 25 *Das »Sponsoring« der kulturellen Einheit Südamerikas – TeleSUR*
- 27 **Venezuelas weltpolitischer Gestaltungsanspruch**
- 27 Durchsichtige Zweckgemeinschaft – die Allianz mit dem Iran
- 29 Die Suche nach einer weltpolitischen Sprecherrolle
- 30 Die solidarische Außenpolitik – Versuch der Überwindung von Peripherie und Zentrum durch Public Diplomacy
- 31 **Schlussfolgerungen und Empfehlungen: Die Reichweite der provokativen Außenpolitik Venezuelas und die Reaktionen darauf**
- 33 **Abkürzungen**

*Prof. Dr. Günther Maihold ist
stellvertretender Direktor der SWP*

*Der Autor dankt Sarah Tischer und Thomas Derungs für
die Unterstützung bei der Anfertigung dieser Studie*

**Außenpolitik als Provokation.
Rhetorik und Realität in der Außenpolitik
Venezuelas unter Präsident Hugo Chávez**

Viele Auftritte des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez auf der Weltbühne können mit Fug und Recht als Provokation bezeichnet werden. Sein Verbalradikalismus und die ständig im Raum stehende Drohung, den USA kein Öl mehr zu liefern, füllen die Schlagzeilen der internationalen Medien. Doch hinter dem rhetorischen Gestus steckt mehr als nur das vermeintliche persönliche Geltungsbedürfnis eines »südamerikanischen Potentaten«. Venezuela verfügt über umfangreiche Öl- und Gasvorkommen und betreibt eine dynamische und wohlkalkulierte Außenpolitik, die nicht nur den Vereinigten Staaten zunehmend Kopfzerbrechen bereitet. Dabei richten sich außenpolitische Provokationen zwar vorwiegend an die USA, doch darüber hinaus versucht der venezolanische Präsident, internationale Ordnungsmuster in Wirtschaft und Politik (wie etwa die Bretton-Woods-Institutionen) durch eine neue Süd-Süd-Kooperation auszuhebeln. Zudem sehen sich die Institutionen der Integrationsräume in Lateinamerika durch neue Parallelorganisationen unter Druck gesetzt. Reift also mit Venezuela eine neue regionale Führungsmacht heran, die über ihren Einfluss in Südamerika hinaus auch in der westlichen Hemisphäre und der Weltpolitik eine gestaltende Rolle spielen kann, da sie über strategische Energieressourcen verfügt? Steckt mehr als Statusinteresse hinter dem außenpolitischen Aktivismus Venezuelas? Wie tragfähig sind die Initiativen des Präsidenten für eine neue internationale Ordnung, und wie soll sich der Westen dazu verhalten?

Um die venezolanische Außenpolitik zu verstehen, muss man die Persönlichkeit des seit 1999 amtierenden Präsidenten Hugo Chávez unter die Lupe nehmen. Dass er in Innen- und Außenpolitik eine zentrale Rolle spielt, ist an zahlreichen stark polarisierten Meinungen, Erwartungen und Befürchtungen abzulesen. Doch hier gilt es zu differenzieren. Auf der einen Seite ist es richtig, dass sich viele außenpolitische Initiativen und Provokationen in Rhetorik erschöpfen, die auf den Applaus der gleichgesinnten Kräfte im eigenen Lande und in der Region abzielt. Der Präsident mit seiner Neigung zu Selbstdarstellung und populistischer Inszenierung mag vordergründig oftmals mehr Lautstärke als Substanz produzieren. Auf der anderen

Seite muss sein Handeln dennoch ernst genommen werden, denn es wirkt sich entscheidend auf das Verhalten von Regierungen und gesellschaftlichen Gruppen aus. Dies gilt umso mehr, als sein provokantes Auftreten andere Akteure geradezu nötigt, sich in einem Pro-Contra-Chávez-Schema zu verorten. Festzuhalten ist also, dass es sich bei vielen seiner internationalen Initiativen um mehr als eine Allianz der Außenstehenden handelt, die man einfach übergehen könnte. Seine Handlungsmacht sollte – schon allein wegen der verfügbaren Ressourcen – nicht unterschätzt werden.

Venezuelas außenpolitisches Handeln ist von einem augenfälligen Widerspruch zwischen vollmundigen Ankündigungen und deren mangelnder Umsetzung geprägt. Jenseits des provokativen Stils des Präsidenten aber sind von pragmatischem Handeln über ideologische Muster bis zu nationaler Interessenpolitik alle Elemente vorhanden, die eine moderne Außenpolitik auszeichnen. Mit breitgestreuten Maßnahmen will Präsident Chávez die verschiedenen Zielgruppen erreichen, die er als mögliche Unterstützer seiner Politik zu mobilisieren gedenkt. Venezuelas Außenpolitik folgt keinem Masterplan, sondern zeigt sich extrem flexibel, um eigene Vorteile zu maximieren, eventuell angerichteten Schaden zu reparieren und sich neue Chancen zu eröffnen.

Indem es bedürftige US-Bürger mit günstigem Heizöl beliefert, setzt das Land Instrumente der *public diplomacy* ein, um sein Image als internationaler Störenfried zu konterkarieren. Weiterhin unterstützt es neue Muster der (sub)regionalen Integration in Lateinamerika. Überdies hat es den Diskurs monopolisiert, die wirtschaftliche Strukturanpassungspolitik des vergangenen Jahrhunderts müsse nun abgelöst werden, indem die Lebensbedingungen der Armen effektiv verbessert werden. All dies wird auf der Weltbühne im Zeichen eines wachsenden lateinamerikanischen Selbstbewusstseins inszeniert, welches das Bedürfnis vieler Bürger des Subkontinents nach Identität und Autonomie aufnimmt. Die Ambivalenz von Rhetorik und praktischem Handeln jedoch macht es für Partner und Gegner schwierig, die Reichweite der venezolanischen Außenpolitik einzuschätzen. Dazu trägt auch die weitgehende Intransparenz der Regierungsführung bei.

Der Umgang mit Venezuela als internationalem Akteur – das weist die Analyse der vielfältigen Präsenz Venezuelas auf (sub)regionaler, hemisphärischer und weltpolitischer Bühne aus – muss sich daran orientieren, das Land einzubinden, statt es auszugrenzen.

Venezuela zu isolieren oder gar mit Sanktionen zu belegen wäre angesichts seiner Öl- und Finanzressourcen zum Scheitern verurteilt. Außerdem begäbe man sich damit der Möglichkeit, politischen Wandel anzustoßen und die provokanten Positionen politisch zu bearbeiten. Es ist daher zu empfehlen, dem brasilianischen Modell einer Politik der sanften Steuerung durch Einbindung Venezuelas zu folgen. Auf diesem Wege könnte der venezolanischen Führung die Notwendigkeit eines Interessenausgleichs deutlich gemacht sowie die außenpolitische Leistungsfähigkeit des Landes einer Realitätsprüfung unterzogen werden. Im politischen Dialog sollte die Einhaltung der Bürger- und Menschenrechte sowie der Pressefreiheit nachdrücklich in den Vordergrund gestellt werden.

Mit einem solchen Ansatz könnte sich schnell herausstellen, dass die venezolanischen Führungsmachtambitionen wegen ihrer begrenzten Umsetzungschancen sowie distanzierter Reaktionen in der Nachbarschaft auf tönernen Füßen stehen, das Land also seine realen Möglichkeiten überschätzt, auf die internationale Politik einzuwirken. Die Außenpolitik mittels Provokation könnte damit auf ihr tatsächliches Maß zurechtgestutzt werden. Gleichzeitig würde man damit Venezuela die Möglichkeit einer Beteiligung an zukünftigen regionalen und internationalen Ordnungsstrukturen eröffnen. Im bilateralen Verhältnis muss es darum gehen, einerseits einen offenen Dialog mit allen Gruppen der venezolanischen Gesellschaft zu praktizieren, andererseits vor allem in den wirtschaftlichen Beziehungen darauf zu achten, dass Transparenzregeln und Maßgaben der *corporate governance* eingehalten werden.

Provokation als außenpolitisches Stilelement und Instrument politischer Interessendurchsetzung

»Gestern war der Teufel hier, genau an dieser Stelle. Es riecht noch nach Schwefel an diesem Rednerpult, an dem ich heute zu sprechen habe.« Mit dieser direkten Anspielung auf den amerikanischen Präsidenten George W. Bush begann der venezolanische Präsident Hugo Chávez am 20. September 2006 seine Rede vor der UN-Generalversammlung in New York. Solche Invektiven sind jedoch nicht als persönliche Entgleisung misszuverstehen. Vielmehr sind sie Teil einer außenpolitischen Strategie, die die Provokation nicht nur als Stilmittel einsetzt, sondern auch als maßgebliches Instrument der nationalen Interessenverfolgung begreift.

Der Provokation als Stilelement bedient sich Chávez vor allem, um zweierlei zu erreichen: Erstens führt sie zu einer Personalisierung der Auseinandersetzung etwa zwischen ihm und Präsident Bush. Damit wird die Außenpolitik ihres staatlichen Charakters entkleidet und zur persönlichen Konfrontation zweier Kontrahenten umgedeutet, die die öffentliche Wahrnehmung – national und international – beherrscht. Auf diese Weise gewinnt die Rhetorik problemlos die Oberhand über eine vielgestaltige Realität. Zweitens versucht Chávez all jene Staaten hinter sich zu scharen, die sich von den USA ausgegrenzt oder benachteiligt fühlen, aber als ressourcenarme Länder eine direkte Auseinandersetzung mit der Führungsmacht des Westens meiden. So warb Chávez mit der genannten Rede für die – später gescheiterte – Kandidatur seines Landes für den UN-Sicherheitsrat. Diese durch Provokation angestoßene Solidarisierung macht an nationalen Grenzen nicht Halt, sondern erweitert sich auf soziale Gruppen und Bewegungen anderer Länder – auch über Lateinamerika hinaus. Damit kann Präsident Chávez, ohne Gegenleistungen zu erbringen, eine transnationale und sogar transkontinentale Anhängerschaft formen, die seiner Interessenpolitik in zahlreichen politischen Räumen Unterstützung verschafft.

Insofern reicht die Provokation über den angestrebten öffentlichen Effekt hinaus: Sie wirkt »über die Bande« indirekt auf internationale Interessenkonflikte ein und verändert konkrete Politik. Die außenpolitische Provokation soll also nicht nur einen Gegenspieler zu einer bestimmten, möglichst überzogenen

oder entlarvenden Reaktion bewegen. Zusätzlich richtet sie sich an Dritte, die einer eskalierenden Konfrontation nicht nur zuschauen, sondern sich auf eine der beiden Seiten schlagen sollen. Die Provokation wirkt damit polarisierend und hat nicht nur Personen, sondern auch Strukturen im Visier. Im Falle der gegenwärtigen Außenpolitik Venezuelas betrifft dies die Bretton-Woods-Institutionen (vor allem Weltwährungsfonds und Weltbank), die alle unter den allgemeinen Nenner des Imperialismus gefasst werden. Hintergrund sind die Erfahrungen, die Venezuela als Gründungsmitglied der OPEC gemacht hat – einer Organisation, deren Handeln weltweit zu einer erheblichen Machtverschiebung zugunsten der erdölexportierenden Länder geführt hat, wenn es um die Zuteilung von Reichtum geht.

Grundzüge der venezolanischen Außenpolitik unter Hugo Chávez

Seit 1914 in Venezuela die erste Ölquelle entdeckt wurde, spielt das Öl für die Außenpolitik des Landes eine maßgebliche Rolle. Ohne diese Ressource müsste Venezuela auf internationalem Parkett ganz anders auftreten. Allerdings hat sich der Einsatz des Öls als Grundlage und Instrument venezolanischer Außenpolitik mit der Amtsübernahme durch Hugo Chávez deutlich gewandelt. In der Zeit der sogenannten IV. Republik (1957–1999) wurde das Öl im Sinne der Preispolitik der OPEC benutzt: Es ging um stabile Preise und gute Beziehungen zu den USA als dem wichtigsten Abnehmer venezolanischen Öls. Das Land verfolgte damit eine Politik des Ausgleichs zwischen seinem Interesse an der Nutzung eines strategischen Rohstoffs einerseits und der geopolitischen Bindung an die USA andererseits. Schließlich ist es südlicher Anrainer des karibischen Beckens im »erweiterten Hinterhof« der westlichen Führungsmacht.

Die Neupositionierung Venezuelas als zentralistische Petromacht

Die herkömmliche Politik hat sich seit Amtsantritt von Präsident Chávez und Gründung der von ihm geführten V. Bolivarianischen Republik verändert: Nun soll das Öl dazu dienen, um jenseits der weiterhin bestehenden Lieferbindung an die USA außenpolitische Ziele in regionaler und weltpolitischer Dimension zu erreichen, sich international Loyalitäten zu sichern und den Weg für Chávez' »bolivarianische Revolution« nicht nur im eigenen Land, sondern auch im internationalen Umfeld zu ebnet.¹

Da die venezolanische Politik in hohem Maße von Öleinnahmen abhängt, sind alle Politikbereiche von einer forcierten »Petrolisierung« unter Hugo Chávez durchdrungen. Dies zeigt sich auch daran, dass der Ölsektor, der früher als Staat im Staate agierte, mit seinen Binnen- und Außenbeziehungen zentral-

staatlicher Kontrolle unterworfen wurde. Unterstützt wird der Präsident bei diesem Vorhaben von seinem Ölminister Rafael Ramírez, der zugleich Chef des Staatskonzerns PdVSA (Petróleos de Venezuela S.A.) ist. Seit der Niederschlagung des Ölarbeiterstreiks 2002 und der Neubesetzung tausender Stellen steht der Konzern unter Kontrolle der venezolanischen Regierung, die seine Einnahmen zur Finanzierung innenpolitischer und internationaler Projekte nutzt.²

Viele der außenpolitischen Maßnahmen werden über spezielle Fonds im Haushalt von PdVSA finanziert. Diese werden unter Verschluss gehalten und unterliegen keiner öffentlichen Kontrolle. PdVSA verwandelte sich damit in ein politisiertes Unternehmen mit einer Art sozialem Mandat, das dem unternehmerischen Auftrag übergeordnet wurde.³ Dies erweist sich als geschickter Schachzug der Regierung, weil sich so ihr Finanzgebaren kaum mehr überprüfen lässt. Zudem wird so das von Chávez bevorzugte Instrument der Barter-Geschäfte befördert, das wegen seiner Verrechnungsprobleme in der öffentlichen Finanzwirtschaft nur schwer darzustellen ist. Mit diesen Gegengeschäften – bei denen etwa Öllieferungen an Kuba mit Dienstleistungen kubanischer Ärzte und Lehrer in Venezuela verrechnet werden – hat eine indirekte Petrolisierung der Wirtschaft und Politik des Landes stattgefunden, die an den klassischen Instrumenten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vorbeiläuft. Die venezolanische Wirtschaft gerät damit national und international zu einem Bereich staatlichen Handelns, der immer weniger von Markt- und Geldwirtschaft und immer mehr von politischem Voluntarismus bestimmt wird. Damit wachsen diskretionäre Spielräume der Exekutive, die ohnedies mit den Öleinnahmen über einen relativ frei disponiblen Einnahmefluss verfügt. Für das Land und seinen Präsidenten sind steigende oder zumindest

¹ Ein kurzer Überblick zur Ölpolitik unter Hugo Chávez findet sich bei Diego B. Urbaneja, *La política exterior de Venezuela* [Die Außenpolitik Venezuelas], Madrid: Real Instituto Elcano (Análisis del Real Instituto Elcano [ARI] 41/2005, 31.3.2005), <<http://www.realinstitutoelcano.org/analisis/712/Urbaneja%20pdf.pdf>> (eingesehen am 19.7.2008).

² Dazu auch Steffen Leidel, *PdVSA. Charity-Konzern mit Erdöl-Abteilung*, Bundeszentrale für politische Bildung, Dossier Lateinamerika, 22.8.2007, <<http://www.bpb.de/themen/MA01LH,0,0,PdVSA.html>> (eingesehen am 1.4.2008).

³ Peter DeShazo, *Venezuela Forum. Conclusions and Future Implications*, Washington, D.C.: Center for Strategic and International Studies 2008 (Policy papers on the Americas, Vol. 19, Study 1), S. 3.

stabile Öleinnahmen besonders bedeutsam, um die eigene Macht auch international erhalten und ausbauen zu können, zumal die Produktion regelmäßig unter dem vereinbarten Produktionsziel bleibt und auch kurzfristig nicht zu steigern ist.⁴ Aus Chávez' Perspektive liegt es nahe, auch für die OPEC eine politische Rolle im antiimperialistischen Kampf zu fordern. Damit steht Venezuela im Kreis der OPEC-Mitglieder jedoch ohne Mehrheit da.

Insofern wird für Präsident Chávez das nationale Eigentum an den produzierenden Ölfirmen im Land immer wichtiger. Mit dem Präsidialdekret 5200 vom 24. Februar 2007 wurde die bislang von ausländischen Unternehmen dominierte Erdölförderung im Orinoco-Tal teilverstaatlicht. Der Überführung in neue Joint Ventures mit einer 60%igen Beteiligung von PdVSA haben sich nur die US-Firmen Exxon Mobil und ConocoPhillips verschlossen, die daraufhin prompt enteignet wurden. Mit diesen Maßnahmen in der Logik des Ressourcennationalismus haben sich die Zugriffsmöglichkeiten der Exekutive nochmals erweitert.

Die Verfügungsgewalt des Präsidenten über die Ressource Öl ist jedoch nur ein Bestandteil seiner Machtfülle. Bereits mit der Verfassung von 1999 wurde das politische System mit seinen Institutionen auf die Person des Präsidenten zugeschnitten. Insbesondere wurde die Möglichkeit der Übertragung legislativer Kompetenzen auf die Exekutive gestärkt. Davon hat der Präsident ausgiebig Gebrauch gemacht, obwohl im Parlament noch nicht einmal eine Opposition vertreten ist. Ein Drittel der Gesetze bzw. Dekrete seit dem Amtsantritt von Chávez wurde auf diesem Wege verabschiedet.⁵ Auch die Einführung eines Einkammersystems im Kongress und die Aushöhlung des Föderalismus sind als Tendenzen der Zentralisierung in Venezuela zu werten.⁶ Der Präsident hat also unmittelbaren Zugriff auf die staatlichen Institutionen und die Ressourcen.

Infolge der zunehmend zentralisierten Verfügungsgewalt wird es möglich, die strategische Ressource Öl – dem OPEC-Modell folgend – als Hebel einzusetzen,

um auf internationaler Ebene einen Wandel zu bewirken, der sich an neuen Zielvorgaben orientiert. Venezuela hatte sich – nicht zuletzt während der Krisenjahre in Zentralamerika – vor allem als Demokratiemacht verstanden, die sich der Förderung demokratischer Regierungen in ihrer Umgebung verpflichtet fühlte. Mittlerweile aber haben sich inhaltliche Auslegung und tatsächliche Ausübung dieser Funktion gewandelt. Im Vordergrund steht nunmehr ein Konzept plebiszitärer Demokratie, das sich einer zentralisierten, deutlich etatistischen Sozialordnung verschrieben hat. Die Zielgröße »Demokratie« wich der »Solidarität der Völker im antiimperialistischen Kampf«, und das außenpolitische Handeln wurde merklich ideologisch aufgeladen. Chávez veränderte auch die Blickrichtung der venezolanischen Außenpolitik. Traditionell hatte sich das Land als karibische Nation verstanden. Nun rückt die bislang nur zögerlich genutzte Verbindung zu Südamerika stärker in den Vordergrund, nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt der Erdöl- und Gasvorkommen im Landesinneren, für die vor allem in Südamerika Märkte entwickelt werden sollen.⁷ Diese Verlagerung regionaler Schwerpunkte eröffnet dem Land mit seiner Ressourcenpolitik aber auch Chancen in den internationalen Beziehungen – das Ziel erblickt der venezolanische Präsident mehr und mehr in einer weltpolitischen Gestaltungsrolle.

Den mit Chávez' Amtsantritt 1999 begonnenen Kurswechsel in der venezolanischen Außenpolitik bekamen als Erste die USA zu spüren.⁸ Anstelle der traditionell praktizierten stillen Diplomatie setzte man jetzt auf mediale Inszenierung, laute und aggressive Töne.⁹ Neben verbalen Attacken seitens des neuen

⁷ Hierzu soll vor allem das Gaseoducto del Sur dienen, eine Gaspipeline, die vom Süden Venezuelas über eine Distanz von 8000 Kilometern durch den Amazonas-Wald bis nach Buenos Aires führen soll, deren wirtschaftliche Grundlagen (Rentabilität und Finanzierbarkeit des Projekts) jedoch stark in Zweifel gezogen werden.

⁸ Daniel Mora Brito unterteilt die Außenpolitik Venezuelas von 1998 bis 2004 in drei Phasen: die revolutionäre Diplomatie (1998–2001), die Konsolidierung des politischen Projekts (2001/2002) und die Radikalisierung (2002–2004), siehe Daniel Mora Brito, »La política exterior de Hugo Chávez en tres actos [Die Außenpolitik Venezuelas in drei Akten] (1998–2004)«, in: *Aldea Mundo*, 8 (2004) 16, S. 76–85, <<http://redalyc.uaemex.mx/redalyc/pdf/543/54381609.pdf>> (eingesehen am 20.7.2008).

⁹ Vgl. Andreas Boeckh, »Die Außenpolitik Venezuelas: Von einer ›Chaosmacht‹ zur regionalen Mittelmacht und zurück«, in: Oliver Diehl/Wolfgang Muno (Hg.), *Venezuela unter Chávez – Aufbruch oder Niedergang?*, Frankfurt a.M. 2005, S. 85–98.

⁴ Kiraz Janicke, *Venezuela: OPEC Should Become a Political Actor against Imperialism*, 19.11.2007, <<http://www.venezuelanalysis.com/news/2854>> (eingesehen am 26.2.2008).

⁵ Claudia Zilla, *Die Macht der Stimmen und die Ohnmacht der Institutionen*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Februar 2007 (SWP-Aktuell 6/2007).

⁶ Andreas Boeckh, »Venezuela auf dem Weg zu einem autoritären Neopopulismus?«, in: *WeltTrends*, 8 (2000–2001) 29, S. 79–96.

venezolanischen Präsidenten provozierte dieser die Amerikaner im Jahr 2000 mit einem Besuch bei Saddam Hussein. Chávez versuchte in der Folge, sich auf internationalem Parkett in der Rolle des Fürsprechers der Dritten Welt als Gegenspieler der USA zu inszenieren. Dieses Bestreben war unter anderem daran abzulesen, dass er das von den USA betriebene Projekt einer kontinentalen Freihandelszone (FTAA) ablehnte, was die Konfrontation zwischen den beiden Ländern verstärkte.¹⁰

Eine Neupositionierung fand jedoch nicht nur gegenüber den USA statt: Chávez reaktivierte 2000 die Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) mit einem Gipfeltreffen in Caracas. Im Rahmen der OPEC kämpft er seitdem zusammen mit dem Iran für niedrigere Förderquoten und damit höhere Erlöse. Neben dem Versuch, neue Kooperationen und Integrationsmodelle auf staatlicher Ebene zu etablieren, förderte der venezolanische Präsident eine »Paralldiplomatie der Völker«,¹¹ indem er politische Akteure in anderen Ländern wie die Landlosenbewegung MST (Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra) in Brasilien oder die Erwerbslosenbewegung der Piqueteros in Argentinien unterstützte.

Die Einheit von Innen- und Außenpolitik: Merkmal des Populismus in Venezuela

Mit den Wahlen von 2004 und dem darauf folgenden politischen Elitenwechsel wurde der neue außenpolitische Kurs weiter gefestigt. »Personalismus, Hyperaktivismus und Distanz gegenüber den etablierten Interessengruppen«¹² manifestierten sich in einem veränderten Abstimmungsverhalten in der UN,¹³ in

¹⁰ Auch die Reaktion Venezuelas auf die Attentate des 11. September 2001 und die Weigerung, US-Flugzeuge zum Zweck der Drogenbekämpfung venezolanisches Territorium überfliegen zu lassen, führten neben weiteren Auseinandersetzungen zu Spannungen im bilateralen Verhältnis. Dazu auch Demetrio Boersner, »Dimensión internacional de la crisis venezolana« [Die internationale Dimension der Krise Venezuelas], in: Günther Maihold (Hg.), *Venezuela en retrospectiva. Los pasos hacia el régimen chavista* [Venezuela im Rückblick. Die Schritte zur Herrschaft von Hugo Chávez], Frankfurt a.M./Madrid 2007, S. 313–344.

¹¹ Siehe Nikolaus Werz, *Hugo Chávez und der »Sozialismus des 21. Jahrhunderts«*. Ein Zwischenbericht, Berlin, Dezember 2007 (Ibero-Analysen, Heft 21), S. 8, <http://www.iai.spk-berlin.de/fileadmin/dokumentenbibliothek/Ibero-Analysen/Ibero-Analysen_Heft_21.pdf> (eingesehen am 19.7.2008).

¹² Ebd.

¹³ So stimmte Venezuela in der UN-Menschenrechts-

der Propagierung neuer Institutionen im süd-amerikanischen Raum und im Aufbau alternativer Integrationsmodelle. Die Beziehung zu Kuba spielt für Venezuela dabei eine herausgehobene Rolle: Diese neue Partnerschaft fungiert nicht nur als Vorlaufmodell des von Venezuela angetriebenen »Sozialismus des 21. Jahrhunderts«. Sie kommt auch dem Streben des Präsidenten entgegen, das symbolische Kapital Fidel Castros als Führer der Linken in Lateinamerika zu erben. Mit über 20 Besuchen auf der Zuckerinsel seit 1994 hat Chávez diesem Interesse besonderen Nachdruck verliehen.¹⁴ Als Legitimation wird ein Integrationsmuster verwendet, das einen Zusammenschluss der Staaten Lateinamerikas propagiert, der auf Solidarität und Gemeinschaft basieren und sich gegen die USA positionieren soll. Venezuela intensivierte auch seine Beziehungen zu Brasilien und Argentinien und strebte eine Vollmitgliedschaft im Mercosur an. Dieses Projekt liegt allerdings wegen der fehlenden Ratifizierung in Brasilien derzeit auf Eis. Weiterhin nimmt Venezuela aktiv an internationalen Foren teil – wie der G15, der G17 im Rahmen der WTO, der Bewegung der blockfreien Staaten und der Gruppe von Rio – und vertieft seine Beziehungen zu den arabischen und afrikanischen Ländern sowie zum Iran. Mit all diesen Initiativen versucht Chávez konsequent auf eine neue multipolare Weltordnung in seinem Sinne hinzuwirken.¹⁵

Folgende Orientierungspunkte der Außenpolitik Venezuelas können identifiziert werden: erstens der Einsatz des Öls als Instrument für neue regionale und internationale Ordnungsmuster im Sinne einer internationalen Geopolitik, zweitens die Orientierung an einer multipolaren Weltordnung und drittens die Förderung alternativer Strukturen in Form transnationalen Allianzen auf substaatlicher Ebene, die den internationalen Führungsanspruch des Landes stützen sollen.

Diese Orientierungspunkte dienen auch als Maximen der Außenpolitik auf der Ebene der lateinamerikanischen Integration. Als Richtschnur dieser Integration bemüht Chávez das geistige Erbe Simón Bolívars, betreibt damit allerdings eine recht eigenwillige Ido-

kommission 1999 und 2000 gegen eine Verurteilung Chinas, Irans und Kubas.

¹⁴ Vgl. Carlos A. Romero, *Jugando con el globo. La política exterior de Hugo Chávez*, Caracas: Ediciones B, 2006, S. 157f.

¹⁵ Beispielhaft dafür sind der OPEC-Gipfel 2000, die G15-Konferenz 2004 innerhalb der Blockfreien-Bewegung und der erste südamerikanische Energiegipfel 2007, die alle in Venezuela stattfanden und von Chávez initiiert wurden.

latie. Zudem will die venezolanische Führung eine neue hemisphärische Sicherheitsarchitektur fördern sowie die Außenbeziehungen des Landes diversifizieren, um seine Rolle in der internationalen Wirtschaft neu bestimmen zu können.¹⁶ Um diese Ziele zu erreichen, müssen indes die institutionellen Grundlagen der auswärtigen Politik verändert werden.

Das Ende der institutionellen Diplomatie

Außenpolitik in Venezuela hat mit dem Aufstieg von Hugo Chávez zum Präsidenten des Landes ihren institutionellen Charakter verloren. Eine Mischung aus Voluntarismus, Autoritarismus, Personalisierung, Provokation, Nationalismus und liberalem Gedankengut des 19. Jahrhunderts kennzeichnet den Auftritt eines Landes auf der internationalen Bühne, das nicht allein aus der Perspektive des südlichen Nachbarn Brasilien in einer für seine Möglichkeiten »zu hohen Gewichtsklasse boxt«. ¹⁷ Damit hat sich die Organisation der Außenpolitik nachdrücklich verändert: Das Außenministerium – mit einem ohnehin sehr begrenzten Anteil von Berufsdiplomaten im Auswärtigen Dienst – hat zugunsten des Präsidentsamtes an Bedeutung eingebüßt. ¹⁸ Fachministerien wie das Energieministerium hingegen haben mit wachsender Petrolisierung der Außenpolitik deutlich an Gewicht gewonnen. Mangelnde Transparenz und Verschleierungstaktik machen eine Analyse der neuen Situation fast unmöglich. Beinahe alle Angelegenheiten des Ministeriums für Internationale Beziehungen sind der Geheimhaltung unterworfen, und der Auswärtige Dienst wird zunehmend politisiert und ideologisiert. Kritiker heben hervor, dass bei der Bestallung nichtausgebildeter Diplomaten keine offiziellen Regelungen mehr befolgt würden und der Präsident Amtsträger für den Auswärtigen Dienst direkt und nach Gusto ernenne. ¹⁹ Weiterhin ist zu beobachten, dass

immer mehr Militärs in den diplomatischen Dienst berufen werden, so dass die Weisungen sich eher an militärischen Befehlsketten ausrichten.

Allerdings hat die Klage über mangelnde Professionalität des Auswärtigen Dienstes in Venezuela Tradition. So waren zum Amtsantritt von Hugo Chávez nur 17% der Amtsträger im Ausland Karrierediplomaten und Anfang 2000 nur 47 der 83 diplomatischen Vertretungen mit einem Botschafter besetzt – der Rest wurde durch Geschäftsträger geleitet. Insgesamt sollen in den ersten sieben Jahren der Regierung Chávez mehr als 170 Funktionäre durch öffentliche Ausschreibungen neu in den Dienst des Außenministeriums getreten sein. ²⁰ Ob dies jedoch der Realität entspricht, ist ebenso undurchsichtig wie das gegenwärtige Ausschreibungs- und Ernennungsverfahren für den diplomatischen Dienst im Allgemeinen. Festzustellen ist, dass die diplomatischen Vertretungen Venezuelas ²¹ im Ausland durchweg personell aufgebläht werden. Die Aufgaben der Botschaftsangehörigen reichen von der Unterstützung nichtstaatlicher Vorfeldorganisationen und venezolanischer Freundesvereinigungen bis hin zum Aufbau bolivarianischer Zirkel ²² im Ausland. Über diese Präsenz wird versucht, in den Zivilgesellschaften der Gastländer das Gedankengut der venezolanischen Revolution zu verbreiten und auf

Präsidenten bekanntgemacht werde. Sie müssten nur das Programm anschauen und den Richtlinien folgen, die dort bestimmt würden. Siehe: Reyes Theis, *Juan Francisco Contreras, presidente del Colegio de Internacionalistas de Venezuela*: »Nuestro servicio exterior es motivo de burla fuera del país« [»Unser Auswärtiger Dienst macht uns im Ausland lächerlich«], 31.1.2008, <http://noticias.eluniversal.com/2008/01/31/pol_art_nuestro-servicio-ex_695369.shtml> (eingesehen am 1.4.2008).

²⁰ Siehe Robinson Zapata, *Reflexiones sobre el Servicio Exterior* [Überlegungen zum Auswärtigen Dienst] (II), 20.2.2007, <<http://www.aporrea.org/venezuelaexterior/a30960.html>> (eingesehen am 1.4.2008).

²¹ Vgl. Klaus Bodemer, »Petropolitics: – politischer Diskurs, Geopolitik und ökonomisches Kalkül in den Beziehungen zwischen Venezuela und den Vereinigten Staaten«, in: *Lateinamerika-Analysen*, (2007) 16, S. 169–201 (182).

²² Die bolivarianischen Zirkel (*círculos bolivarianos*) wurden im Jahre 2001 gegründet. Sie sind Basisorganisationen von jeweils sieben bis elf Bürgern und widmeten sich zunächst nur in Venezuela der Verbreitung des revolutionären bolivarianischen Denkens. Inzwischen sind sie auch international aktiv. Sie sollen auf lokalem Niveau gegenseitige Hilfe organisieren, haben aber oftmals stark klientelistische Züge angenommen und werden als Rückgrat der bolivarianischen Ideologie betrachtet; vgl. Kirk A. Hawkins/David R. Hansen, »Dependent Civil Society: The círculos bolivarianos in Venezuela«, in: *Latin American Research Review*, 41 (2006) 1, S. 102–132.

¹⁶ Vgl. als Überblick Gregory Wilpert, *Changing Venezuela by Taking Power. The History and Policies of the Chávez Government*, London/New York 2007, S. 152ff.

¹⁷ So Rafael Antonio Duarte Villa, »Limites do ativismo venezuelano para a América do Sul« [Grenzen des venezolanischen Aktivismus in Südamerika], in: *Política Externa*, 16 (2007) 2, S. 40.

¹⁸ Vgl. Carlos A. Romero, »Dos etapas en la política exterior de Venezuela« [Zwei Phasen in der Außenpolitik Venezuelas], in: *Politeia*, (2003) 30, S. 169–182.

¹⁹ Minister Luis Alfonso Dávila soll alle Botschafter zu sich ins Ministerium gerufen haben, um ihnen mitzuteilen, dass die auswärtige Politik künftig im Fernsehprogramm des

den Alltag der Bürger bezogene Hilfsprojekte in der Öffentlichkeit zu verankern. Hinzu kommt die Unterstützung zivilgesellschaftlicher multinationaler Initiativen – der Kontinentalen Bolivarianischen Koordination (Coordinadora Continental Bolivariana) sowie des Bolivarianischen Volkskongresses (Congreso Bolivariano de los Pueblos), die sich der logistischen und ideellen Förderung durch die Botschaften Venezuelas erfreuen.

Die bolivarianische Revolution als ideelle Grundlage der Außenpolitik

Die bolivarianische Revolution und das Projekt »Sozialismus des 21. Jahrhunderts«²³ gelten dem Kampf gegen den Kapitalismus, der nach Auffassung des venezolanischen Präsidenten nicht mit einer sozialen und partizipativen Demokratie vereinbar ist.²⁴ Dabei versucht Hugo Chávez dieses Ziel nicht nur innenpolitisch umzusetzen.²⁵ Vielmehr will er es mit Hilfe neuer außenpolitischer Schwerpunkte auch ins Ausland tragen. Die Ideen Simón Bolívars in der Chávez eigenen Lesart erscheinen im Rahmen der bolivarianischen Revolution in völlig neuem Gewande.²⁶ Dazu gehört in erster Linie das Ziel einer neuen Form lateinamerikanischer Integration, das Hugo Chávez in die griffige Formel »ALBA statt ALCA« kleidete. Damit wird die Ablehnung des von den USA

23 Großen Einfluss auf Chávez besitzt dabei Heinz Dieterich, ein deutscher Sozialwissenschaftler, der seit Mitte der 1970er Jahre in Lateinamerika lebt. An der Universidad Autónoma Metropolitana in Mexiko-Stadt ist er seit 1977 Professor mit einem Lehrstuhl für Soziologie und Methodologie. Eines seiner Bücher trägt den Titel *Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie nach dem globalen Kapitalismus*.

24 Siehe Josette Altmann, *Alba: ¿un proyecto alternativo para América Latina?* [ALBA, ein alternatives Projekt für Lateinamerika?], Madrid: Real Instituto Elcano (ARI 17/2008, 8.2.2008), <http://www.realinstitutoelcano.org/wps/portal/rielcano/contenido?WCM_GLOBAL_CONTEXT=/Elcano_es/Zonas_es/ARI17-2008> (eingesehen am 20.7.2008).

25 Siehe dazu auch Ana María Sanjuan, »Venezuela – die symbolische und die wahre Revolution«, in: *Le Monde diplomatique*, 14.9.2007, S. 4f.

26 Zur Auseinandersetzung mit diesen geistesgeschichtlichen Wurzeln im Denken von Hugo Chávez vgl. Andreas Boeckh/Patricia Graf, »El comandante en su laberinto: el ideario bolivariano de Hugo Chávez« [Der Kommandant in seinem Labyrinth: die bolivarianische Ideenwelt von Hugo Chávez], in: Maihold (Hg.), *Venezuela en retrospectiva* [wie Fn. 10], S. 151–178.

vorgeschlagenen kontinentalen Freihandelsabkommens (Free Trade Agreement of the Americas, FTAA, in spanischer Abkürzung ALCA) zum Ausdruck gebracht. Diesem wird das Projekt einer bolivarianischen Alternative für Amerika (Alternativa Bolivariana para los pueblos de Nuestra América, ALBA) als solidarische, gegen den Freihandel gerichtete Integration des Subkontinents entgegengesetzt.²⁷

Weiterhin sollen spezifisch lateinamerikanische Lösungsmodelle erprobt werden. Dazu zählt die Bank des Südens, aber auch das Projekt eines zivil-militärischen Bündnisses zur Verteidigung der Souveränität Lateinamerikas. Kapitalismus und Imperialismus fungieren dabei als Feindbilder sowie als innen- und außenpolitische Legitimationsgrundlage für das bolivarianische Projekt. Diese transnationale lateinamerikanische Ideologie ermöglicht eine Variante des Populismus, in der Innen- und Außenpolitik als Einheit präsentiert werden.

Die populistische Machtstrategie, die Präsident Chávez unter dem Banner eines bolivarianischen Internationalismus verfolgt, speist sich neben seiner Selbststilisierung vor allem aus den Erdöleinnahmen Venezuelas. Diese ermöglichen es ihm trotz der insgesamt schlechten Wirtschaftslage des Landes, einen Verteilungspopulismus zu praktizieren,²⁸ der sowohl Merkmale des historischen Populismus als auch neopopulistische Elemente aufweist.²⁹ An den klassischen Populismus knüpft Chávez mit seiner Anti-Status-quo-Rhetorik an, mit deren Hilfe er die »nationale Oligarchie« und die politischen Parteien angreift und die Mobilisierung des Volkes sowie die Integration von »Randgruppen« verfolgt. Chávez inszeniert sich dabei als Inkarnation des Volkes, als erster Präsident, der die Probleme des Landes begreift und auch lösen kann. Dem traditionellen Populismus

27 Vgl. Steve Ellner, »The «Radical» Thesis on Globalization and the Case of Venezuela's Hugo Chávez«, in: *Latin American Perspectives*, 29 (2002) 6, S. 88–93.

28 Vgl. Nikolaus Werz (Hg.), *Populismus. Populisten in Übersee und Europa*, Opladen 2003, darin zur konzeptionellen Debatte Hans Jürgen Puhle, »Zwischen Protest und Politikstil: Populismus, Neo-Populismus und Demokratie« (S. 15–43) sowie zur lateinamerikanischen Tradition Nikolaus Werz, »Alte und neue Populisten in Lateinamerika« (S. 45–64).

29 Susanne Gratius, *La «Revolución» de Hugo Chávez: ¿Proyecto de izquierdas o populismo histórico?* [Die »Revolution« des Hugo Chávez: ein Projekt der Linken oder historischer Populismus?], Madrid: Fundación para las Relaciones Internacionales y el Diálogo Exterior (FRIDE), 2007, sowie Boeckh, »Venezuela auf dem Weg zu einem autoritären Neopopulismus?« [wie Fn. 6].

bleibt Chávez insoweit verbunden, als er den Staat als Träger und Instrument seines politischen Projektes versteht.

Wie die meisten Populisten ist Chávez ein Charismatiker und bedient sich – im Stile des Neopopulismus – der Möglichkeiten moderner Massenmedien, um direkten Zugang zur Bevölkerung zu erhalten und die Aversionen gegen die etablierten Parteien für sich zu nutzen. Diese Kommunikation setzt er national und international ein, um sich als Führungsfigur mit Anhängerschaft in vielen Ländern zu stilisieren. Dabei werden Staaten und Personen in ein Gut-Böse-Raster eingeordnet. Die Außenpolitik folgt also einem deutlichen Freund-Feind-Schema. Antiimperialismus und Antiamerikanismus schürt Chávez mit dem Mythos der ständigen Gefahr einer US-amerikanischen Invasion. Zu Hilfe kam ihm dabei der Putsch von 2002, dessen Niederschlagung er gekonnt als Aufstand des Volkes gegen die angebliche Anti-Chávez-Allianz zwischen venezolanischer Opposition und der Regierung Bush darstellte. In der Polarisierung zwischen dem »imperialistischen« und dem »antiimperialistischen« Lager finden Zwischentöne kein Gehör. Das Freund-Feind-Denken dieser Rhetorik schafft scheinbar klare Fronten.

Die politische Praxis stellt sich allerdings etwas differenzierter dar. Zwar treffen Chávez' Invektiven gegenüber den USA zumindest mittelbar oft auch die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten. In seinen Reden aber behält sich der Präsident vor, die Europäer auch als potentielle Partner für spezifische Allianzen zu bemühen. Dies schließt persönliche Angriffe nicht aus, wie etwa im Mai 2008 gegen Bundeskanzlerin Merkel während ihrer Lateinamerika-Reise, nachdem sie den Führungsanspruch Venezuelas in Lateinamerika in Frage gestellt hatte.

Militarisierung von Gesellschaft und Staat

Mit dem »Plan Bolívar 2000« vom 27. Februar 1999 übernahm das Militär die Aufgabe des »nationalen Aufbaus Venezuelas«. Der Plan sah vor, dass die Streitkräfte sich am Bau von Schulen, an der Verteilung von Nahrungsmitteln und der Gesundheitsvorsorge in den Slums beteiligen.³⁰ Außerdem übernahmen sie die Leitung der staatlichen Versorgungskette »Mercal«. Diese Beteiligung der Streitkräfte an zentralen Funktionen der zivilen Administration hat zu einer militä-

rischen »Parallel-Exekutive«³¹ geführt, innerhalb derer anfangs etwa 200, inzwischen wohl über 500 aktive und ehemalige Militärs sowie Mitstreiter bei Chávez' gescheitertem Putsch von 1992 wichtige Positionen eingenommen haben.³² Damit haben sich die Sozialprojekte (»Misiones«), die anfänglich als vorübergehende Maßnahmen geplant waren, dauerhaft etabliert. Die so entstandenen Parallelstrukturen unterliegen keiner öffentlichen Kontrolle. Auch im Kampf gegen das Verbrechen erhielt das venezolanische Militär neue Aufgaben, die eigentlich der Polizei obliegen sollten. Gleichzeitig hat es das von Chávez geschaffene Bedrohungsszenario einer amerikanischen Invasion ermöglicht, weitere Waffenkäufe zu rechtfertigen und den Einfluss der Streitkräfte auf die Innenpolitik auszudehnen.³³

Mit der Verfassung von 1999 wurden vier Veränderungen bezüglich des Militärs eingeführt. Erstens wurde das Verbot politischer Betätigung für Mitglieder der Streitkräfte aufgehoben. Vielmehr wurde – zweitens – das Militär nun beauftragt, sich am Erhalt der internen Ordnung zu beteiligen und an der nationalen Entwicklung aktiv mitzuwirken. Mit einer Reihe von Militär- und Verfassungsreformen³⁴ wurde drittens der politische Charakter der Streitkräfte weiter verfestigt. Viertens gab Chávez im April 2007 bekannt, dass die Zeit der Neutralität für die venezolanischen Militärs vorbei sei und sie sich zunehmend als anti-imperialistisch, revolutionär, bolivarianisch und sozialistisch verstehen müssten. Die Besetzung diplo-

31 Jörg Röder/Michael Rösch, »Neopopulismus in Venezuela – Aufbruch in die Dekade der Illusionen?«, in: *Brennpunkt Lateinamerika*, (2001) 1, S. 9, <http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/ilas/archiv/brennpunkt_la/bpk0101.pdf> (eingesehen am 20.7.2008).

32 Alfredo Keller, »Populismo institucional y populismo revolucionario en Venezuela« [Institutioneller und revolutionärer Populismus in Venezuela], in: *Diálogo Político*, 21 (2004) 2, S. 39–62. Im Jahr 2000 wurde zudem die Leitung der staatlichen Ölgesellschaft PdVSA und deren amerikanisches Tankstellennetz an Generäle übergeben.

33 Deborah Norden, »¿Autoridad civil sin dominación civil?« [Zivile Autorität ohne zivile Machthabe?], in: *Nueva Sociedad*, (2008) 213, S. 170–187, <http://www.nuso.org/upload/articulos/34501_1.pdf> (eingesehen am 20.7.2008).

34 Harold A. Trinkunas, »The Crisis in Venezuelan Civil-Military Relations: From Punto Fijo to the Fifth Republic«, in: *Latin American Research Review*, 37 (2002) 1, S. 41–76. Dazu auch: Xavier Rodríguez-Franco, »Las relaciones civil-militares en la Venezuela de hoy: el control civil personalista« [Die zivil-militärischen Beziehungen im heutigen Venezuela: der personalistische Charakter der zivilen Kontrolle], in: *SIC* (Caracas), 67 (2005) 679, S. 389–392.

30 Artikel 328 der Verfassung von 1999.

matischer Positionen mit Militärs hat die Außenpolitik des Landes verändert: Viele Entscheidungen laufen an den Strukturen des Außenministeriums vorbei und werden innerhalb der militärischen Befehlskette bzw. der Korpsdisziplin geregelt.

In der Sicherheitspolitik versucht Hugo Chávez zusammen mit Brasilien das Projekt eines südamerikanischen Verteidigungsrats zu befördern, den er kurz gefasst als »Nato des Südens« bezeichnet.³⁵ Dass damit in absehbarer Zeit ein zivil-militärisches Bündnis der lateinamerikanischen Länder geschaffen wird, muss aber angesichts der noch weit auseinanderliegenden Positionen beider Länder bezweifelt werden.

Venezuela, das mit über 82 000 Soldaten das viertgrößte Truppenkontingent der Region besitzt und 2006 mit ca. 2,08 Milliarden US-Dollar für Verteidigung an fünfter Stelle in Südamerika lag,³⁶ scheint eine militärische Mittelmachtrolle anzustreben; seine jüngsten Rüstungskäufe deuten zumindest darauf hin.³⁷ Gegenwärtig sind zwei Tendenzen in seiner Rüstungspolitik zu beobachten: Es will die in den USA erworbenen Waffensysteme durch Einkäufe in Russland und China ersetzen sowie eine Miliz mit einfacher Handwaffenausstattung (AK 103) aufbauen. Als Begründung für diese Maßnahmen werden jedoch ganz andere Bedrohungsperzeptionen angeführt, als sie für die übrigen Staaten Lateinamerikas gelten: Der venezolanische Präsident befürchtet eine Invasion der USA in seinem Land und meint sich gegen einen möglichen »asymmetrischen Krieg« wappnen zu müssen.³⁸ Auffällig waren in den letzten Jahren unter anderem die Abmachung mit Russland über die Lieferung von Transporthubschraubern, 100 000 Sturmgewehren und 25 SU-27-Kampfflugzeugen sowie der Erwerb von zwölf Transportflugzeugen und acht neuen Patrouil-

lenschiffen aus Spanien.³⁹ Allerdings haben die Waffenkäufe Venezuelas einen geringeren Umfang als etwa jene Brasiliens, Chiles oder Kolumbiens. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist eine mögliche militärische Führungsrolle Venezuelas in Lateinamerika eine wenig realistische Option, da die bolivarianische Integrationsideologie des Präsidenten im Gegensatz zu seinen sozialpolitischen Vorstellungen auf dem Subkontinent bislang auf wenig Resonanz gestoßen ist.

³⁵ Vgl. Günther Maihold/Claudia Zilla, *Geteilte Sicherheit in Lateinamerika. Neue subregionale Initiativen und das Engagement der USA*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Mai 2008 (SWP-Aktuell 36/2008).

³⁶ Siehe SIPRI Yearbook 2007, Armaments, Disarmament and International Security, <<http://yearbook2007.sipri.org/>> (eingesehen am 20.7.2008).

³⁷ Venezuela hat mit dem »Strategic Plan for Consolidation of Defence« ein militärisches Modernisierungsprogramm gestartet, das nach Expertenmeinung bis 2012 30,7 Mrd. US-Dollar umfasst. Vgl. Jim Dorschner, »Latin Leaders«, in: *Jane's Defence Weekly*, 15.3.2006, S. 24–29 (29).

³⁸ Vgl. Francesca Ramos Pismataro/Andrés Felipe Otálvaro, *Revolución Bolivariana; hacia una nueva concepción de seguridad y defensa en Venezuela*, Caracas 2005, S. 41, <http://www.ndu.edu/chds/Journal/PDF/2006/Pismataroyotalvaro_article-edited.pdf> (eingesehen am 23.8.2006).

³⁹ The International Institute for Strategic Studies (IISS), *The Military Balance 2005–2006*, London 2006, S. 316.

Hugo Chávez Frías: Person und Projekt

Im Dezember 2008 wird der zehnte Jahrestag des Wahlsieges von Hugo Chávez in Caracas gefeiert – wahrscheinlich mit einer Massenkundgebung. Der Präsident wird dann seine bisherige Amtszeit im Palast von Miraflores glorifizieren, den er bereits im Februar 1992 durch einen Putsch erobern wollte. Letztlich ist es ihm aber durch erdrurtschartige Wahlerfolge gelungen, die politische Macht in Venezuela zu gewinnen. Diese hat er mit einer umfassenden Verfassungsreform im Jahre 1999 auf völlig neue institutionelle Grundlagen gestellt.

Am 28. Juli 1954 im ländlichen Bundesstaat Barinas geboren, entschied sich Hugo Chávez bereits frühzeitig für die militärische Laufbahn, die ihn bald aus der Provinz an die Militärakademie nach Caracas führte. Seine politischen Ambitionen wurden bestärkt durch Auslandsaufenthalte in Peru während des Militärreformismus unter General Juan Velasco Alvarado (1968–1975) sowie in Panama unter General Omar Torrijos (1968–1981). Diese Erfahrungen verband er mit der für Venezuela typischen Instrumentalisierung des intellektuellen und militärischen Erbes Simón Bolívars und der Nationalhelden Ezequiel Zamora und Simón Rodríguez, das von ihm zu einer eigenwilligen Ideologie des Bolivarianismus verdichtet wurde. Diese verbreitet er in einer volkspädagogischen Weise, verbunden mit einem linken Vokabular, als neue Nationalideologie, die aufgrund ihrer integrationistischen Anlage jedoch auch für andere Länder Lateinamerikas anschlussfähig sein soll. Im Vordergrund stehen dabei immer die Streitkräfte als Führung einer zivil-militärischen Allianz, die sich in den Dienst der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und der Region zu stellen habe. Einer erneuten Umgestaltung der Verfassung erteilte die Bevölkerung im Referendum vom 2. Dezember 2007 allerdings eine deutliche Absage. Dies war ein empfindlicher Rückschlag für Chávez' Bemühungen, sein Land auf einen antiimperialistischen Pfad zu bringen und sich auf legale Weise ein unbegrenztes Präsidentenmandat zu sichern.

Mit dem Programm »Misiones« als Teil des »Plan Bolívar« entwickelte der Präsident ein weit-

hin parallel zur staatlichen Verwaltung agierenden Netz von Sozialprojekten.* Diese befassen sich mit Fragen der Gesundheit, Erziehung und Infrastrukturentwicklung, werden von kubanischen Ärzten, Gesundheitshelfern und Lehrern getragen und aus Fonds des staatlichen Ölunternehmens PdVSA finanziert. Unter dem Stichwort der »endogenen Entwicklung« wird ein wirtschaftspolitischer Weg beschritten, der von Autarkievorstellungen bestimmt ist und Vorbildcharakter für andere Länder beansprucht.

Im Rahmen einer neuen Geometrie der Macht verfügt Präsident Chávez über die Kompetenzen zur neuen Raumordnung des Landes. Dazu zählen die Reform von Regionen und Departments sowie die Neugestaltung der politischen, sozialen, wirtschaftlichen und militärischen Ordnung. Seine Bewegung der V. Republik (Movimiento V. República, MVR) hat er zugunsten der Sozialistischen Einheitspartei Venezuelas (Partido Socialista Unido de Venezuela, PSUV) aufgelöst, die sich aber bislang nicht vollständig konsolidiert hat. Sein internationales Projekt der bolivarianischen Erneuerung stützt sich auf eine Vielzahl staatlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen, die ihm durch konkrete Hilfeleistungen einen wichtigen Resonanzraum in den Gesellschaften Lateinamerikas gesichert haben. In Form einer »Bolivarianischen Internationalen« werden Vernetzungen zwischen sozialen Bewegungen, kulturellen Vereinigungen und politischen Gruppierungen geschaffen, die sich im öffentlichen Raum deutlich bemerkbar machen.

* Erste Analysen der Leistungsfähigkeit der »Misiones« lassen erkennen, dass diese deutlich hinter den gesetzten Zielen zurückbleiben und auch die Anbindung an die lokalen und regionalen Autoritäten starke Defizite aufweist; vgl. hierzu Yolanda D'Elia (coord.), *Las Misiones Sociales en Venezuela: una aproximación a su comprensión y análisis* [Die Sozialen Missionen in Venezuela: eine Annäherung an ihr Verständnis und ihre Analyse], Caracas: Instituto Latinoamericano de Investigaciones Sociales (ILDIS), 2006, <<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/caracas/50458.pdf>>, sowie Thanalí Patruyo, *El estado actual de las misiones sociales: balance sobre su proceso de implementación e institucionalización* [Der gegenwärtige Zustand der Sozialen Missionen: Bilanz des Prozesses ihrer Implementierung und Institutionalisierung], Caracas: ILDIS, 2008, <<http://www.ildis.org.ve/website/administrador/uploads/ElestadoactualdelasmisionessocialesPatruyo.pdf>>.

Felder venezolanischer Außenpolitik

Das Verhältnis zu den USA – Dualität von stabiler Ölversorgung und politischer Provokation

Venezuelas Präsident Hugo Chávez ist mit seinem erklärten Widerstand gegen die Politik der USA in Lateinamerika derzeit deren lautstärkster Gegner in der Region. Provokationen gegenüber US-Repräsentanten sind Teil der alltäglichen Verlautbarungen des Präsidenten. Seine antikapitalistische Rhetorik, die Verbrüderung mit Fidel Castro und die massive Unterstützung Kubas mit billigen Öllieferungen belasten die bilateralen Beziehungen. Zahlreiche Haltungen und Aktivitäten von Hugo Chávez sind den USA ein Dorn im Auge. Dazu zählen seine guten Beziehungen zu Libyen, zum Irak zu den Zeiten Saddam Husseins und zum Iran, weiterhin die Weigerung, US-Flugzeuge zur Drogenbekämpfung venezolanisches Territorium überfliegen zu lassen, außerdem der Vorschlag, ein eigenes lateinamerikanisches Militär als Alternative und Ersatz für den Rio-Pakt zu schaffen, sowie seine Bemühungen um die Begrenzung der Förderquoten der OPEC. Chávez' Venezuela versucht, eine multipolare Struktur der internationalen Politik zu erreichen: China und Indien sollen als Partner Lateinamerikas und Absatzmärkte für venezolanisches Öl gewonnen werden. Diese Bestrebungen sind zweifellos nicht im Sinne der USA.⁴⁰ Es liegt nicht im Interesse der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik, dass Venezuela seine Abhängigkeit von den USA verringert und die eigene Sicherheitspolitik neu definiert.⁴¹

Wie Hugo Chávez folgt auch die Regierung Bush dem Muster, die Welt in Freund und Feind einzu-

teilen. Anfangs zahlte Washington die Provokationen aus Caracas mit gleicher Münze zurück. Später handelten die Amerikaner eher nach der Maxime »Deeds, not words«, also danach, Chávez an seinen im Vergleich zu seiner Rhetorik weniger radikalen Taten zu messen.⁴² Die USA griffen nun stärker zu diskriminierenden Maßnahmen, um Venezuela gegenüber der Weltgemeinschaft zu brandmarken: Im Herbst 2005 verweigerten sie dem Land – als weltweit einzigem neben Myanmar – die Drogen-Zertifizierung aufgrund der unzureichenden Kooperation im Bereich der Bekämpfung des Drogenhandels. Die finanzielle Hilfe der USA über 2,2 Millionen US-Dollar für Venezuela im Kampf gegen den Drogenhandel wurde daraufhin nach einer stetigen Reduktion Anfang 2007 komplett gestrichen. Im März 2006 wurde Venezuela im Rahmen der Veröffentlichung der neuen nationalen Sicherheitsstrategie als »regionale Herausforderung« bezeichnet: Man warf Chávez vor, er unterminiere die Demokratie und versuche, die Region zu destabilisieren. Kaum einen Monat später, am 28. April 2006, übergab die Regierung dem US-Kongress den Bericht »Country Reports on Terrorism«, der das Verhalten Venezuelas bezüglich der Terrorismusbekämpfung negativ bewertete. Dies führte kurze Zeit später zur Erklärung der Regierung Bush, man habe entschieden, den Verkauf von Waffen und militärischer Ausrüstung an Venezuela zu verbieten, da das Land im Kampf gegen den Terrorismus nicht ausreichend kooperiere. Zudem versuchte man, Spanien und Brasilien von geplanten Waffenlieferungen an Venezuela mit dem Hinweis auf deren »US-content« abzubringen. Im Fall Brasiliens war dies erfolgreich,⁴³ Spanien kündigte an, die US-Teile durch andere zu ersetzen und dennoch zu liefern.⁴⁴ Ende Oktober 2006 gab die spanische Regierung jedoch bekannt, sie werde Venezuela keine

⁴⁰ Die chinesische Führung zeigt sich bislang sehr vorsichtig im Umgang mit Venezuela. Insbesondere hat sie Hugo Chávez' Werben für eine Zusammenarbeit auf der Basis »revolutionärer Solidarität« weitgehend die kalte Schulter gezeigt, zumal wenn es sich um ideologisch motivierte Erklärungen handelt.

⁴¹ Siehe auch Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), *Las relaciones entre Venezuela y Estados Unidos: de la certeza a la incertidumbre* [Die Beziehungen zwischen Venezuela und den Vereinigten Staaten: von der Sicherheit zur Unsicherheit], März 2007, <<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/chile/04464.pdf>> (eingesehen am 5.10.2007).

⁴² Richard Lapper, *Living with Hugo. U.S. Policy toward Hugo Chávez's Venezuela*, Washington, D.C.: Council on Foreign Relations 2006 (Special Report 20), S. 21.

⁴³ So wurde die geplante Lieferung von brasilianischen Trainings- und leichten Kampfflugzeugen vom Typ Embraer Super Tucano an Venezuela verhindert. The International Institute for Strategic Studies (IISS), *Strategic Survey 2006. The IISS Annual Review of World Affairs*, London 2006, S. 109.

⁴⁴ Vgl. ebd.

militärische Ausrüstung verkaufen. Im August 2006 wurde schließlich ein US-Sonderbeauftragter für Geheimdienstesätze gegen Venezuela und Kuba ernannt. Damit wurden diese beiden Staaten auf dieselbe Geheimdienstebene wie Nordkorea und der Iran gestellt, die bisher die einzigen Nationen mit einem eigens zuständigen Sonderbeauftragten waren.⁴⁵

Die venezolanische Haltung zum bewaffneten Konflikt in Kolumbien ist für die USA zunehmend Grund zur Besorgnis: So haben US-Beamte nach der Krise zwischen Kolumbien und Venezuela im März 2008 verlauten lassen, dass Venezuela neben Kuba, dem Iran, Nordkorea, dem Sudan und Syrien auf die Liste der Staaten gesetzt werden könnte, die den Terrorismus unterstützen.⁴⁶

Doch trotz aller antiamerikanischen Gebärden hat Venezuela seine Öllieferungen bisher weiter aufrechterhalten, so dass es noch immer als viertwichtigster Öllieferant der USA fungiert.⁴⁷ Venezuela und die USA sind im wirtschaftlichen Bereich hochgradig voneinander abhängig: So sind es bisher vor allem US-Raffinerien, die die Technologie für die Verarbeitung des schweren venezolanischen Öls besitzen.

Venezuela und die USA unterhalten enge wirtschaftliche Beziehungen. So kamen im Jahr 2007 25,9% aller Importe Venezuelas aus den USA. Bedeutender ist jedoch die Rolle der USA für den venezolanischen Export: Mit 57% waren die USA im Jahr 2006 das größte Abnehmerland für venezolanische Produkte.⁴⁸ Besonders wichtig ist hier der Bereich Energie, denn Venezuela hat in der westlichen Hemisphäre die größten nachgewiesenen Erdöl- und (nach den USA) die zweitgrößten Gasreserven.⁴⁹ Das vene-

zolanische Unternehmen PdVSA besitzt das US-Unternehmen Citgo mit Sitz in Houston, das unter anderem neun Raffinerien sowie Pipelines, Ölterminals und ein bedeutendes Tankstellennetz von rund 15 000 Servicestationen in den USA betreibt.⁵⁰

Bislang wirkt sich die von Präsident Chávez angestrebte Veränderung des Energieprofils Venezuelas noch nicht auf die bilateralen Beziehungen aus. Das venezolanische Schweröl ist nicht ohne weiteres auf anderen Märkten abzusetzen, und es fehlt eine geeignete Tankerflotte. Der Versuch der venezolanischen Regierung, ein klassisches *brinkmanship*⁵¹ (Politik des äußersten Risikos) zu betreiben, blieb bis heute reine Rhetorik – die im Januar 2007 angekündigte Verstaatlichung der Ölförderprojekte im Orinocodelta jedoch nicht: Am 26. Juni 2007 unterzeichnete PdVSA neue Verträge mit BP, Total, Statoil und Chevron, die dem venezolanischen Staatskonzern einen Anteil von 60% an ihren Orinocoprojekten überschrieben. Mit den beiden US-Ölfirmen ConocoPhillips und Exxon Mobil kam dagegen keine Vertragsunterzeichnung zustande, da sie von Venezuela zusammen 5 Milliarden US-Dollar an Entschädigung forderten.

Im Februar 2008 erwirkte Exxon Mobil vor internationalen Gerichten, dass als Gegenleistung für die Verstaatlichung der Betriebe venezolanisches Vermögen in Höhe von 12,3 Milliarden US-Dollar eingefroren wurde. Ein Londoner Gericht wiederum erklärte diese Entscheidung am 18. März 2008 für ungültig.

Für Vermarktung und Verarbeitung des venezolanischen Öls zeichnet sich gegenwärtig keine Alternative zum US-Markt ab. Die Bestrebungen der Regierung Chávez, durch den Bau von Raffineriekapazitäten neue Märkte in anderen Ländern zu erschließen und eine weltweit operierende Tankerflotte zu erwerben (im Gegensatz zur bisherigen auf die Karibik beschränkten), können – wenn überhaupt – erst mittelfristig greifen. Der gegen die Regierung Bush gerichteten Rhetorik steht also zumindest im Bereich der Wirtschafts- und Energiebeziehungen eine völlig

45 Vgl. »CIA-Beauftragter für Kuba und Venezuela«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 21.8.2006, S. 8.

46 Marcelo Soares, »Questions about Venezuela as Rice Arrives in Brazil. If Chávez Indeed Aided Colombian Rebels, U.S. »Will Act Accordingly«, in: *Los Angeles Times*, 14.3.2008, S. A3.

47 Romero, *Jugando con el globo* [wie Fn. 14], S. 190f.

48 Zahlen aufgrund von Angaben der Bundesagentur für Außenwirtschaft, *Wirtschaftsdaten kompakt – Venezuela*, Mai 2008, <https://www.bfai.de/ext/anlagen/PubAnlage_4643.pdf?show=true> (eingesehen am 25.7.2008).

49 87 Mrd. Barrel konventionelle nachgewiesene Reserven, unkonventionelle Reserven von 270 Mrd. Barrel Schwer- und Extraschweröl, 5,1 Billionen Kubikmeter gebundenes Gas. Vgl. *BP Statistical Review of World Energy*, Juni 2008, <http://www.bp.com/liveassets/bp_internet/globalbp/globalbp_uk_english/reports_and_publications/statistical_energy_review_2008/STAGING/local_assets/downloads/pdf/statistical_review_of_world_energy_full_review_2008.pdf> (eingesehen am 25.7.2008) sowie Lowell R. Fleischer, »Vene-

zuela«, in: Sidney Weintraub/Annette Hester/Veronica R. Prado: *Energy Cooperation in the Western Hemisphere. Benefits and Impediments*, Washington D.C. 2007, S. 165–190.

50 Nach der Rede von Präsident Chávez vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen 2006 kündigte die Tankstellenkette 7-Eleven den Liefervertrag mit Citgo für mehr als 2100 Tankstellen in den USA.

51 Hugo Chávez drohte mehrfach, die Öllieferungen in die USA zu stoppen und stattdessen nach China zu liefern – eine leere Drohung angesichts der technischen Schwierigkeiten Chinas, das venezolanische Schweröl zu nutzen.

anders geartete Realität gegenüber, während die Gestaltung der politischen Beziehungen eine sehr viel größere Kohärenz zwischen Worten und Taten erkennen lässt.

Paralleldiplomatie und aktive Nachbarschaftspolitik

Durch eine intensivierete Petrodiplomatie und wirtschaftliche Zusammenarbeit sichert sich Präsident Chávez die Solidarität lateinamerikanischer Regierungen. Zusätzlich versucht er, unterhalb der staatlichen Ebene eine Paralleldiplomatie der Völker⁵² zu etablieren, indem er gezielt lokale Gruppierungen fördert. So unterstützt er die Bewegung der Landlosen in Brasilien (Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra, MST) mit einem Abkommen über die Kooperation im Agrarbereich (2005),⁵³ in dessen Rahmen Mitglieder der Bewegung die venezolanische Regierung beraten und mit venezolanischen Bauernorganisationen Schulungen abhalten sollen. Zudem organisierte und förderte Venezuela in den vergangenen Jahren verschiedene Kongresse sozialer Bewegungen.⁵⁴ Mit der Strategie, auch jenseits staatlicher Instanzen aktive Interessenspolitik zu betreiben, gelingt es der venezolanischen Außenpolitik, Einfluss in den verschiedenen gesellschaftlichen Kontexten Lateinamerikas und darüber hinaus zu gewinnen und damit einen Resonanzraum für die Ideenwelt der »bolivarianischen Revolution« zu schaffen.

Hugo Chávez hat sich zum Ziel gesetzt, einer außenpolitischen Isolation durch die USA entgegenzuwirken und seine politische Basis zunächst in der Region auszuweiten.⁵⁵ Damit zieht er seine Lehren aus eigenen Fehlern zu Beginn seiner Präsidentschaft sowie aus dem negativen Beispiel Kubas, das in der westlichen Hemisphäre jahrzehntelang isoliert war. Dabei bedient sich Chávez nach wie vor der klassischen Außenpolitik auf staatlicher Ebene. Im Jahre

⁵² Werz, *Hugo Chávez* [wie Fn. 11], S. 8.

⁵³ Siehe Fausto Torrez, *La Vía Campesina & Venezuela to Establish Latin American Institute of Agro-ecology* »Paulo Freire«, 21.7.2006, <<http://www.mstbrazil.org/?q=laipaulofreire>> (eingesehen am 19.3.2008).

⁵⁴ Z.B. im Fall der internationalen Bauernorganisation Vía Campesina und der lateinamerikanischen Alternativ- und Basismedien. Vgl. Dario Azzellini, »Venezuela und das »Neue Lateinamerika««, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 51 (2006) 3, S. 317–323.

⁵⁵ Nikolas Kozloff, *Hugo Chávez. Oil, Politics, and the Challenge to the U.S.*, New York 2007, S. 105.

2006 kamen in Uruguay, Bolivien, Ecuador und Nicaragua sogenannte linke Regierungen die Macht, im August 2008 auch in Paraguay. Damit sind die Chancen für eine Venezuela begünstigende Allianzbildung deutlich gewachsen.

Kolumbien – Energiepartnerschaft trotz revolutionärer Solidarität mit der Guerrilla?

Dagegen ist der Nachbar Kolumbien unter der Regierung von Präsident Álvaro Uribe zum engsten Partner der USA in Südamerika geworden. Damit wurde Kolumbien zur Zielscheibe anhaltender Provokationen und politischer Eskalationen durch Präsident Chávez, die sein kolumbianisches Pendant Uribe allerdings gemeinhin mit gleicher Münze zurückzahlt. Nicht zuletzt die Unterstützung der USA, die im Rahmen des Plan Colombia 5,6 Milliarden US-Dollar für den Kampf gegen Guerrilla und Drogenanbau zahlen, hat die nachbarschaftliche Beziehung beeinträchtigt.⁵⁶ Das Verhältnis zwischen Kolumbien und Venezuela geriet in den Schatten des Beziehungsdreiecks mit den USA. Die Regierungen in Bogotá und Caracas haben immer wieder versucht, das bilaterale Verhältnis von der Einwirkung durch Washington zu befreien und stärker an den unmittelbaren nationalen Interessen auszurichten. Dies ist ihnen jedoch nur zeitweise gelungen.

Für die Regierung von Chávez könnte allerdings das nationale Interesse an auskömmlichen Beziehungen zu seinem Nachbarn schwerer wiegen als die bisherigen Misshelligkeiten. Mit Kolumbien hat Venezuela im Jahr 2006 für 9 Milliarden US-Dollar Handelswaren ausgetauscht.⁵⁷ Außerdem ist Kolumbien zum unverzichtbaren Partner im Bereich der Energiepolitik geworden, was die geplante Diversifizierung der Abnehmerschaft venezolanischen Öls betrifft. Venezuela muss kolumbianisches Territorium in Anspruch nehmen, wenn es sein Gas zur Erschließung des pazifischen Marktes an die Westküste des Subkontinents leiten möchte. Zunächst funktioniert die Kooperation in Form bilateraler Projekte, wie bei der im Oktober 2007 in Betrieb genommenen Gaspipeline

⁵⁶ Siehe Guillermo Pérez Flórez, »Chávez y Uribe: divorcio expés. Crisis en el laberinto andino« [Chávez und Uribe: Blitzscheidung. Krise im andinen Labyrinth], in: *Política exterior*, 22 (2008) 121, S. 21–28.

⁵⁷ 13,5% der Importe (2007), 4,5% der Exporte (2006), Zahlen nach Bundesagentur für Außenwirtschaft, *Wirtschaftsdaten kompakt – Venezuela* [wie Fn. 48].

»Antonio Ricaurte« (gasoducto transguajiro), mit der täglich 150 Millionen Kubikmeter Gas von der kolumbianischen Karibikküste in den Norden Venezuelas transportiert werden.⁵⁸ Wenn die kolumbianischen Reserven erschöpft sind, soll die Richtung des Gasflusses umgekehrt werden und venezolanisches Gas, dessen Förderung noch verbessert werden muss, für den pazifischen Markt zugänglich gemacht werden.

Allerdings wird diese Energiepartnerschaft durch den Gewaltkonflikt in Kolumbien und seine regionalen Auswirkungen gestört: Lange hat das kolumbianische Militär Venezuela beschuldigt, den Guerrillagruppen FARC und ELN Ruhezonen auf der venezolanischen Seite zu gewähren und damit die logistische Vorbereitung ihrer Aktivitäten zu ermöglichen. Als Beleg hierfür kann der Coup des kolumbianischen Geheimdienstes angeführt werden, der im Jahr 2006 Rodrigo Granda, den Sprecher der FARC, auf offener Straße in Caracas festnahm und ohne Wissen der venezolanischen Behörden nach Bogotá bringen konnte. Im September 2007 hat sich die venezolanische Regierung – mit Billigung des Präsidenten Uribe – als Vermittler in die Bemühungen eingeschaltet, ein humanitäres Abkommen zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC-Guerrilla zu erreichen, das zur Freilassung der entführten Personen beitragen soll, die sich in den Händen der Guerrilla befinden. Nachdem im Januar 2008 die Geiseln Clara Rojas und Consuelo González freigelassen worden waren, wurde von der venezolanischen Regierung die Forderung laut, die FARC nicht mehr als terroristische Gruppe, sondern als Bürgerkriegspartei einzustufen. Dies interpretierte die kolumbianische Regierung als deutliches Zeichen für die Anstrengungen Venezuelas, die Guerrilla politisch aufzuwerten.

Mit dem Angriff Kolumbiens auf ein FARC-Rebellen-camp auf ecuadorianischem Gebiet am 1. März 2008, bei dem 20 Rebellen und der stellvertretende Anführer der FARC, Raúl Reyes, getötet wurden, gipfelte die Auseinandersetzung in der Andenregion in einer regionalen Krise. Dabei mischte sich Venezuela in den Konflikt zwischen Ecuador und Kolumbien ein. Es reagierte wie Ecuador, indem es die diplomatischen Beziehungen abbrach und Truppen an der Grenze

aufmarschieren ließ. Wie zuvor fand ein heftiger verbaler Schlagabtausch statt, der sich vor allem um die auf dem Laptop des getöteten Reyes gefundenen Dokumente drehte. Diese sollen belegen, dass sowohl Ecuador als auch Venezuela die FARC finanziell unterstützt haben, was Uribe zu der Ankündigung veranlasste, Chávez vor dem Internationalen Gerichtshof anzuklagen.

Mit der Entschuldigung des kolumbianischen Präsidenten für die Verletzung der Souveränität Ecuadors drei Tage später auf dem Gipfeltreffen der Rio-Gruppe am 7. März 2008 schien der Konflikt zumindest oberflächlich schon beigelegt zu sein. Indes sind die Beziehungen zwischen Kolumbien und Ecuador weiterhin belastet, so dass gegenwärtig keine Botschafter in das jeweils andere Land entsandt werden.

Diese Ereignisse machen die Diskrepanz zwischen großer Inszenierung und tatsächlichem Handeln des venezolanischen Präsidenten mehr als deutlich. Offenbar nutzt er den Konflikt, um von innenpolitischen Problemen abzulenken, sich auf dem internationalen Parkett als humanitäre Leitfigur in den Vordergrund zu drängen und weltweite Aufmerksamkeit zu gewinnen. Trotz vorläufiger Beilegung der Auseinandersetzung dauern die Konflikte an: Venezuela hält an seinen Versuchen fest, in revolutionärer Solidarität die FARC-Guerrilla politisch aufzuwerten. Dass die ehemalige kolumbianische Präsidentschaftskandidatin und französische Staatsbürgerin Ingrid Betancourt am 2. Juli 2008 – nach sechsjähriger Geiselhaft in der Hand der FARC – durch das kolumbianische Militär befreit wurde, hat das Engagement Venezuelas in dieser Frage überflüssig gemacht. Das nachbarschaftliche Verhältnis ist aber nicht davor gefeit, immer wieder aus akutem Anlass in eine Konfrontation zu führen, wozu beide Präsidenten durch ihr Handeln beitragen.

Brasilien – distanzierter Partner im Süden

Mit seinem südlichen Nachbarn Brasilien hat Venezuela bereits zu Beginn von Chávez' Amtszeit erste Schritte zum Aufbau einer Energiepartnerschaft unternommen.⁵⁹ Diese wurde durch die politischen

⁵⁸ Siehe »Inauguran en Colombia gasoducto transguajiro de 225 kilómetros« [In Kolumbien wird der »gasoducto transguajiro« von 225 Kilometern Länge eingeweiht], in: *La Jornada*, 13.10.2007, <<http://www.jornada.unam.mx/2007/10/13/index.php?section=economia&article=020n1eco&partner=rss>> (eingesehen am 6.3.2008).

⁵⁹ Über den Aufbau engerer bilateraler Beziehungen in den 90er Jahren siehe Wilhelm Hofmeister, »Die Beziehungen zwischen Brasilien und seinen Nachbarländern (I)«, in: Gilberto Calcagnotto/Detlef Nolte (Hg.), *Südamerika zwischen US-amerikanischer Hegemonie und brasilianischem Führungsanspruch*, Frankfurt a.M. 2002, S. 102–143. Ebenso: Nikolaus

Umstände des sogenannten Ölstreiks im Oktober 2002 gefördert: Nachdem die PdVSA-Belegschaft das Unternehmen lahmgelegt hatte und in der Folge erhebliche technische Schwierigkeiten auftraten, zeigte sich der gerade gewählte brasilianische Präsident Luiz Inacio Lula da Silva solidarisch mit der venezolanischen Regierung. Es wurde vereinbart, Öl an Venezuela zu liefern und technisches Personal aus Brasilien bereitzustellen, um die Ölproduktion von PdVSA wieder in Gang zu bringen. Dies kann als Grundstein der bilateralen Energiekooperation angesehen werden. Inzwischen steht der gemeinsame Bau einer Raffinerie durch die staatlichen Ölgesellschaften Petrobras und PdVSA in Pernambuco im brasilianischen Nordosten im Zentrum des Zusammenwirkens. Unter anderem sollen nach Fertigstellung im Jahr 2011 pro Tag 200 000 Barrel extraschweres Erdöl verarbeitet werden, davon 100 000 Barrel aus dem venezolanischen Orinocogürtel.⁶⁰

Brasilien und Venezuela verbindet das Bestreben, Südamerika als Integrationsraum von Mexiko und Zentralamerika abzugrenzen. Dennoch hat sich Brasilien mit einer vorsichtigen und abwägenden Außenpolitik sowohl unter der Regierung Cardoso als auch unter Präsident Lula politisch nie vor den venezolanischen Karren einer antiamerikanischen Front in Lateinamerika spannen lassen. Im Gegenteil hat Brasilien mit seinen regionalen Initiativen erfolgreich gegengesteuert und eine zunehmend distanzierte Haltung gegenüber Chávez entwickelt. Brasilien fördert nachdrücklich die Herstellung von Bioethanol, und Präsident Lula hat mit der Regierung Bush eine Vereinbarung zur Lieferung dieses Kraftstoffs in die USA unterzeichnet. Dies hat heftige Kritik bei Chávez hervorgerufen. Zum einen sieht er mit dieser Handelsbeziehung zu den USA seine Idee eines südamerikanischen Energiekartells aufgebrochen. Zum anderen nahm er die Kritik des früheren kubanischen Staatsoberhauptes Fidel Castro auf, dass es unmoralisch sei, Nahrungsmittel für die Kraftstoffproduktion einzusetzen, solange die Bevölkerung weiterhin an Mangelernährung leide.⁶¹ Brasilien ist insoweit für Venezuela

Werz, »Die Beziehungen zwischen Venezuela und Brasilien«, in: ebd., S. 200–212.

⁶⁰ Petrobras und PdVSA erwägen zudem die gemeinsame Ausbeutung des Ölfeldes Carabobo I. Siehe Bundesagentur für Außenwirtschaft, *Energiewirtschaft Venezuela 2006*, <https://www.bfai.de/ext/anlagen/PubAnlage_3607.pdf?show=true> (eingesehen am 25.7.2008).

⁶¹ Dieses Argument geht allerdings ins Leere, da Brasilien sein Bioethanol aus Zuckerrohr gewinnt.

ein kritischer Partner geworden, der seine nationalen Interessen in klarer Abgrenzung zur Position Venezuelas formuliert und in der Region Polarisierungen als Folge venezolanischer Initiativen auszugleichen vermag.

Argentinien – Partnerschaft durch Energiekooperation und gemeinsames Schuldenmanagement

Ebenfalls im Bereich der bilateralen Kooperation sind die außenpolitischen Gemeinsamkeiten zwischen Venezuela und Argentinien einzuordnen, die sich zunächst auf der Basis der Energiebeziehungen vertieften. Als es 2004 in Argentinien zu massiven Versorgungsengpässen bei Gas kam, durch die die Stromversorgung gefährdet wurde, erklärte sich die venezolanische Führung kurzfristig bereit, der damaligen Regierung von Präsident Néstor Kirchner unter die Arme zu greifen, indem sie Öllieferungen im Wert von 300 000 US-Dollar als Nothilfe gewährte. Inzwischen sollen jährlich 10 Millionen Barrel bereitgestellt werden. Im Gegenzug lieferte Argentinien im Rahmen eines Barter-Geschäfts Fleisch, landwirtschaftliche Produkte und medizinische Ausrüstung. Diese Geschäftsbeziehung wurde vertieft: Venezuela lieferte weiter Öl, Argentinien stellte landwirtschaftliche Maschinen zur Verfügung und ließ die venezolanische Tankerflotte in seinen Werften reparieren.

Schließlich setzte Venezuela auch mit Argentinien eine Zusammenarbeit zwischen staatlichen Unternehmen im Energiebereich durch. So gründete die argentinische Regierung nach der Privatisierung des staatlichen Konzerns YPF (Yacimientos Petrolíferos Fiscales) im Jahr 1992 erneut ein mehrheitlich staatlich kontrolliertes Energieunternehmen mit Namen ENARSA (Energía Argentina Sociedad Anónima).⁶² Dieses diente fortan als Gegenstück der PdVSA bei Joint Ventures zur Raffinierung von Öl und zur Produktion von Ölderivaten sowie beim Aufbau eines Verteilungssystems. In einem klassischen »Oil-for-food«-Programm⁶³ konnte PdVSA seit 2005 mehr als 500 Tankstellen in Argentinien eröffnen. Zudem gab man dort den Bau von vier Tankschiffen in Auftrag.

Eine neue Qualität der Zusammenarbeit wurde erreicht, als Venezuela argentinische Schuldentitel im

⁶² Die beiden maßgeblichen Energieunternehmen Argentiniens, YPF und Gas del Estado, waren 1993 und 1992 privatisiert bzw. veräußert worden, wobei YPF von der spanischen Repsol übernommen wurde.

⁶³ So Kozloff, *Hugo Chávez* [wie Fn. 55], S. 117.

Wert von 5,77 Milliarden US-Dollar aufkaufte. Damit konnte Argentinien seine Umschuldung fortführen, ohne die internationalen Finanzorganisationen in Anspruch zu nehmen. Bis auf 4 Millionen US-Dollar wurden alle Titel weiterverkauft, was der Regierung Venezuelas durch das höhere Rating venezolanischer Titel einen Veräußerungsgewinn von 293,1 Millionen US-Dollar einbrachte.⁶⁴ Diese Kooperation wurde mit der provokativen Botschaft an die Adresse der internationalen Finanzorganisationen verbunden, dass man auf deren wirtschaftspolitische Rezepte keinen Wert mehr lege. Zudem wurde im November 2006 erstmals eine argentinisch-venezolanische Anleihe (Bono del Sur) ausgegeben und an venezolanische Investoren verkauft. Weitere Ausgaben folgten im Februar und Oktober 2007. Diese Unterstützung des wirtschaftspolitischen Kurses Argentiniens durch Hugo Chávez bildet die Grundlage für die gemeinsame ordnungspolitische Linie beider Regierungen, durch regionale Solidarsysteme die Autonomie der lateinamerikanischen Regierungen gegenüber der Weltbank und dem IWF herzustellen. Diese Entkoppelung des Schuldenmanagements von den Konditionen der Bretton-Woods-Institutionen wird vom venezolanischen Präsidenten wie der argentinischen Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner als Rückgewinnung der Selbstbestimmung der lateinamerikanischen Länder gefeiert. Sie sehen darin das Ende des »Washingtoner Konsenses« als wirtschaftspolitischer Leitlinie in Lateinamerika.

Allianzbildung im Zeichen der Petrodiplomatie

Im Oktober 2000 wurde in der Hauptstadt Venezuelas die Energieübereinkunft von Caracas (Acuerdo Energético de Caracas) zwischen Venezuela und den Ländern Zentralamerikas sowie der Karibik geschlossen. Darauf folgten weitere Initiativen Venezuelas wie der Energieering des Südens (Anillo Energético del Sur), der Energieering der Karibik (Anillo Energético del Caribe), die Gaspipeline durch Kolumbien bis zum Pazifik, der südamerikanischen Energiekegel (Cono Energético Suramericano) sowie das politisch sichtbarste Projekt ALBA (Alternativa Bolivariana para los pueblos de

Nuestra América),⁶⁵ das sich als solidarische Integrationsalternative zum Freihandelsabkommen der Amerikas (FTAA) versteht.

ALBA – die alternative Integration

Das Integrationsprojekt ALBA entstand Anfang 2005 als Kooperation zwischen Venezuela und Kuba. Am 30. April 2006 trat Bolivien dem Abkommen mit Unterzeichnung des Handelsvertrags der Völker (Tratado Comercial de los Pueblos, TCP) bei. Der TCP gilt als Basis des Projekts ALBA, das Hugo Chávez erstmals im Dezember 2001 beim dritten Gipfeltreffen karibischer Staats- und Regierungschefs auf der Isla Margarita in Venezuela vorstellte. Es wurden fünf Schwerpunkte in der Zusammenarbeit definiert: Energie, Entwicklungsprogramme, Infrastrukturprojekte, Kommunikation (TeleSUR) und Finanzen (Banco del Sur, Banco del ALBA). Nach der Gründung des Senders TeleSUR ist PetroCaribe gegenwärtig das einzige multinationale Projekt, das in die Tat umgesetzt wurde und tatsächlich weiterentwickelt wird.⁶⁶ Die Zusammenarbeit im Rahmen von ALBA folgt drei Prinzipien: erstens Ablehnung von Wirtschaftsreformen, die auf freie Märkte abzielen, zweitens Ausweitung der staatlichen Rolle in der Wirtschaft durch Bevorzugung von Staatsunternehmen und drittens Harmonisierung der Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft. Bolivien, Kuba und Venezuela haben sich als Gründungsmitglieder zum Ziel gesetzt, ein Modell der Integration zu implementieren, das Armut und soziale Ausgrenzung durch wirtschaftliche und soziale Entwicklung bekämpfen will. Finanziert wird das Projekt in erster Linie durch Gelder aus Venezuela bzw. Öllieferungen als Gegengeschäft.

Im Handelsvertrag der Völker ist unter anderem die Abschaffung der Zölle auf bestimmte Güter im Warenverkehr der drei Länder vorgesehen. Außerdem wurde darin neben verschiedenen Tauschgeschäften (kubanische Ärzte gegen venezolanisches Öl) gegenseitige Unterstützung (venezolanische Stipendien für Studenten aus Bolivien) vereinbart.⁶⁷ Staatlichen Unterneh-

⁶⁴ Nach eigener Berechnung auf Grundlage von Economist Intelligence Unit (EIU), *Country Report Venezuela*, September 2006, *EIU Country Report Venezuela*, Dezember 2006, *EIU Country Report Venezuela*, März 2007, und *EIU Viewswire*, Oktober 2007.

⁶⁵ Vgl. als Überblick Josette Altmann (Hg.), *Dossier ALBA. Alternativa Bolivariana para América Latina* [Dossier ALBA. Die Bolivarianische Alternative für Lateinamerika], San José, Costa Rica: Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales (FLACSO), 2007.

⁶⁶ Siehe Altmann, *Alba: ¿un proyecto alternativo para América Latina?* [wie Fn. 24].

⁶⁷ Vgl. Rafael Correa Flores (Hg.), *Construyendo el Alba*.

men wird dabei grundsätzlich ein privilegierter Zugang zu den Märkten der Partnerländer eingeräumt. Im März 2007 trat Nicaragua als offizielles Mitglied bei, gefolgt von der Dominikanischen Republik im Januar 2008. Seit September 2007 hat der Iran den Status eines beobachtenden Mitglieds. Auf dem letzten Gipfeltreffen am 26. Januar 2008 in Caracas kündigten die fünf Mitgliedsländer an, eine militärische Allianz zu gründen, worüber seitdem diskutiert wird.⁶⁸

Die Erweiterung von ALBA um zwei neue Mitglieder und die Kooperation in immer neuen Fragen – wie etwa der Versorgung mit Lebensmitteln – scheinen darauf hinzudeuten, dass sich dieses durch Venezuela vorangetriebene Integrationsprojekt erfolgreich steuern lässt. Die einseitige Orientierung an Venezuela und die Abhängigkeit von venezolanischem Öl bleiben jedoch die größten Defizite des Projektes. Das Fehlen überregionaler Institutionen, die als Basis für gemeinsame Entscheidungen dienen könnten, macht ALBA anfällig für kurzfristige Entwicklungen und personelle Änderungen in den Mitgliedsländern. Gegenwärtig vermag dieses Projekt, das in erster Linie die ärmeren Länder Lateinamerikas verbindet, nur sehr begrenzt auf die Strukturierung der regionalen Beziehungen einzuwirken. Hauptsächlich dient es dem venezolanischen Präsidenten als Plattform, um seinem außenpolitischen Geltungsanspruch Genüge zu tun.

Wichtigster Bestandteil des globalen Projektes ALBA ist PetroAmérica, eine Initiative zur Förderung der Energieintegration zwischen den Ländern Zentralamerikas, der Karibik und Südamerikas. Das Projekt ist darauf ausgelegt, die regionalen Integrationsinitiativen wie den Mercosur oder die Südamerikanische Staatengemeinschaft (Comunidad Suramericana de Naciones) bzw. heute Unasur (Unión de Naciones Sudamericanas, siehe unten) zu stärken. PetroAmérica enthält drei subregionale Energieintegrationsprogramme: PetroSur, PetroCaribe und PetroAndina.

PetroSur bezieht sich auf die Zusammenarbeit im Energiebereich zwischen Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay und Venezuela. Im Rahmen von PetroCaribe ist bereits eine Kooperation auf der Basis

Nuestro Norte es el Sur, Caracas, Mai 2005, S. 22, <<http://www.alternativabolivariana.org/pdf/libroalba.pdf>> (eingesehen am 27.3.2008).

⁶⁸ Siehe Boletín ALBA N° 15, Erklärung des VI. Treffens von ALBA, 26.1.2008, <<http://www.alternativabolivariana.org/modules.php?name=News&file=article&sid=2668>> (eingesehen am 13.3.2008).

eines Vertrages zwischen Venezuela und 14 Staaten der Karibik vereinbart worden. Schließlich wurde mit der Schaffung von PetroAndina zunächst eine Verbindung Venezuelas mit der Andengemeinschaft (CAN) gebildet, die sich jedoch durch den Austritt des Landes aus diesem Verbund auf eine jeweils bilaterale Energiezusammenarbeit zwischen Bolivien, Kolumbien, Ecuador und Peru reduziert hat.

Mit PetroAmérica sollen direkte Verhandlungen auf dem Subkontinent vorangebracht werden, die zu gemeinsamen multilateralen oder bilateralen Abkommen führen. Dabei werden insbesondere zwischenstaatliche Vereinbarungen oder Kooperationen zwischen Staatsunternehmen forciert.⁶⁹

PetroCaribe – Beispiel solidarischer Energiekooperation?

Die Kooperation im Bereich von PetroCaribe ist bislang am weitesten gediehen. PetroCaribe wurde als erstes der drei genannten Energieintegrationsprogramme gegründet. Es ist in seiner Organisationsstruktur der OPEC nachempfunden, insoweit die jeweiligen Fachminister mit dem Ministerrat als oberstem Organ die höchste Autorität besitzen. Zudem gibt es ein Exekutivsekretariat, dessen Aufgaben vom venezolanischen Energie- und Ölministerium wahrgenommen werden. PetroCaribe ist eine Organisation zur Kooperation zwischen Regierungen, nicht zwischen privaten Unternehmen. Die teilnehmenden karibischen Staaten profitieren durch das Abkommen von erheblichen Einsparungen: Transportkosten werden reduziert, und es wird eine günstige Struktur zur Finanzierung der Rohstoffkosten angeboten. Dabei werden mit steigendem Ölpreis der Finanzierungszeitraum sowie der Anteil für Kreditfinanzierung erweitert, so dass die Konditionen für die beteiligten Länder gegenwärtig außergewöhnlich gut sind.⁷⁰

⁶⁹ Für eine detailliertere Aufstellung der Zusammenarbeit staatlicher Unternehmen im Rahmen von PetroAmérica siehe Jesús Mora Contreras, »La nueva regulación venezolana de los hidrocarburos« [Die neue venezolanische Regulierung der Kohlenwasserstoffe], in: Isabelle Rousseau (Hg.), *¿Hacia la integración de los mercados petroleros en América?* [Einer Integration der Ölmärkte in Amerika entgegen?], Mexiko-Stadt 2006, S. 175–197.

⁷⁰ Vgl. Luis E. Lander, *La Energía como palanca de integración en América Latina y el Caribe* [Die Energie als Hebel für die Integration in Lateinamerika und der Karibik], Caracas: ILDIS, 2006; Bonn: FES, 2007, <<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/caracas/50451.pdf>> (eingesehen am 23.7.2008).

Inwieweit Venezuela die einzelnen Staaten im Rahmen von PetroCaribe bisher unterstützte und welche Projekte wirklich in die Tat umgesetzt wurden, ist nicht genau festzustellen. Finanzielle Unterstützung erhielten zum Beispiel die Dominikanische Republik, St. Vincent, Antigua, Jamaika und Haiti.⁷¹ Panama und Costa Rica sind dem Verbund noch nicht beigetreten. Nicaragua wurde aufgenommen, nachdem der sandinistische Kandidat Daniel Ortega im November 2006 die Präsidentschaftswahl gewonnen hatte. Neben der Festlegung von Quoten und Finanzierungsmodalitäten soll PetroCaribe zum Ausbau einer regionalen Transport-, Raffinerie- und Bevorratungsinfrastruktur beitragen. Als erste Schritte hat PdVSA eine neue Filiale – PDV-Caribe – gegründet, die die eingegangenen Verpflichtungen umsetzen soll. Dazu gehört der Aufbau eines logistischen Netzes von Schiffen und Hafenstrukturen, um die Raffinerie und Verteilung der Brennstoffe zu organisieren. Hinzu kommen Investitionen in die Raffinerien in Cienfuegos in Kuba und der Baubeginn der Raffinerie Supremo Sueño de Bolívar in Nicaragua. Mit Unterstützung der sandinistischen Regierung hat Präsident Chávez zuvor anvisierte vergleichbare Kooperationen mit Panama zurückgestellt. Von den rund 3 Millionen Barrel Öl, die Venezuela täglich fördert, werden 180 000 Barrel für PetroCaribe aufgewendet. Davon erhält allein Kuba die Hälfte, womit ein deutlicher Schwerpunkt gesetzt wurde. Wie auch beim ALBA-Projekt sieht PetroCaribe vor, im Bedarfsfall die Ölschulden mit Lieferungen anderer Güter und Dienstleistungen zu verrechnen. So stellt Kuba der venezolanischen Regierung in großem Umfang Ärzte, Lehrer und Beratungsdienste zur Verfügung.

Hier wird erkennbar, wie stark einander nahestehende lateinamerikanische Regierungen die venezolanische Energiepolitik beeinflussen können: Geopolitische revolutionäre Solidarität wiegt an dieser Stelle schwerer als nationale Interessenpolitik.

Der Aufbau neuer regionaler Institutionen

Am 19. April 2006 gab Venezuelas Präsident bekannt, dass sein Land aus der andinen Staatengemeinschaft (Comunidad Andina de Naciones, CAN) austreten

⁷¹ Ronald Sanders, »Venezuela in the Caribbean: Expanding Its Sphere of Influence«, in: *The Round Table*, 96 (2007) 391, S. 465–476.

werde: Da Kolumbien und Peru Freihandelsabkommen mit den USA unterzeichnet hätten, werde die CAN in ihren Grundlagen zerstört.⁷² Die gleichzeitig gemachte Ankündigung, Mitglied des Mercosur zu werden, wurde wenig später, am 4. Juli 2006, mit dem Beitritt Venezuelas zum Vertrag von Asunción umgesetzt. Das Land wurde damit als fünftes Mitglied in den Mercosur aufgenommen. Es verpflichtete sich, binnen vier Jahren den derzeit gültigen Normenbestand des Mercosur zu übernehmen. Der Zollunion soll Venezuela erst bis zum Jahr 2014 voll beitreten; allerdings hat es bis dahin in allen Sitzungen den Status eines stimmberechtigten Vollmitgliedes.⁷³

Venezuelas Präsident Chávez zog sich mit seiner Äußerung, er wolle einem »neuen Mercosur« beitreten, der die Basis für eine »wirkliche« Integration darstelle, nicht nur den Unmut konservativer Kreise in Uruguay und Brasilien zu. Zeitgleich kündigte er nämlich in einer von den Mitgliedstaaten als Provokation empfundenen Erklärung an, eine Reihe von Initiativen zu ergreifen, die dem angestrebten neuen Format des Mercosur entsprechen sollen: Es solle eine Stelle eingerichtet werden, die die demokratische Qualität des Mercosur zu kontrollieren und auf lange Sicht die Interamerikanische Menschenrechtskommission zu ersetzen hätte, der Mercosur solle in eine Anti-USA-Allianz umgewandelt und zudem eine Bank des Südens gegründet werden.

Der Wechsel von der CAN in den Mercosur ist ein weiterer Versuch Chávez', die geopolitische Landkarte Lateinamerikas nach eigenen Bedürfnissen und persönlichen Vorstellungen zu modifizieren. Damit wäre ein erster Schritt innerhalb der Strategie des Präsidenten getan, ein umfassendes Konzept der südamerikanischen Integration zu entwickeln. Darin fungieren ALBA und PetroAmérica als zentrale Mechanismen, traditionelle Integrationsräume wie der Mercosur werden diesen untergeordnet. Die von Chávez voran-

⁷² Siehe auch: Carlos Malamud, *La salida venezolana de la Comunidad Andina de Naciones y sus repercusiones sobre la integración regional latinoamericana* [Der venezolanische Austritt aus der CAN und seine Nachwirkungen auf die regionale lateinamerikanische Integration], Madrid: Real Instituto Elcano (ARI 63/2006, 31.5.2006), <<http://www.realinstitutoelcano.org/analisis/982.asp>> (eingesehen am 20.7.2008).

⁷³ Vgl. Edmundo González Urrutia, *La incorporación de Venezuela al Mercosur: Implicaciones políticas en el plano internacional* [Der Beitritt Venezuelas zum Mercosur: Politische Implikationen auf internationaler Ebene], Caracas: ILDIS, 2007, <http://www.nuso.org/upload/fes_pub/MercosurEGonzalez.pdf> (eingesehen am 20.7.2008).

getriebene Integration soll dazu dienen, einen dauerhaften Absatzmarkt für das eigene Öl und Gas zu erschließen.⁷⁴

Die Pläne Venezuelas reichen also deutlich über die bestehenden Integrationsräume hinaus. Angestrebt wird eine politische Integration ganz Südamerikas. Auf dem dritten Gipfeltreffen der zwölf südamerikanischen Länder im Dezember 2004 beschloss man, sich künftig als Südamerikanische Staatengemeinschaft (Comunidad Sudamericana de Naciones, CSN) zu organisieren. Dies ging auf eine Initiative zurück, die der damalige brasilianische Präsident Fernando H. Cardoso im Jahr 2000 während des ersten südamerikanischen Gipfeltreffens lanciert hatte und die unter seinem Nachfolger Lula da Silva institutionalisiert wurde. Während des ersten südamerikanischen Energiegipfels im Mai 2007 wurde die CSN in Südamerikanische Staatenunion (Unión de Naciones Sudamericanas, Unasur) umbenannt, ohne dass unmittelbar ersichtlich wurde, welche Neuerungen damit verbunden waren – außer der Absicht, in Quito (Ecuador) ein Sekretariat zu gründen. Bereits in der Erklärung des ersten Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der CSN Ende September 2005 hatte man neben dem politischen Dialog und der Förderung sozialer Integration und Gerechtigkeit auch die räumliche und die energiebezogene Integration sowie die Schaffung eigener Finanzmechanismen für Südamerika als Prioritäten festgelegt.⁷⁵

Mit Unasur scheint das Modell von Präsident Chávez, Integration in Südamerika über den Sektor Energie voranzutreiben, auch von den anderen Ländern als prioritär angenommen worden zu sein. So bekräftigten die südamerikanischen Staats- und Regierungschefs ihren Willen zu mehr Integration. Sie einigten sich darauf, die Infrastruktur im Energiebereich durch gemeinsame Investitionen zu verbessern, die Entwicklung alternativer Energien sowie Kooperationsvorhaben im Bereich des Energiesparens zu forcieren und die Kooperation zwischen den staatlichen Energieunternehmen auszubauen.

Im Mai 2008 wurde auf dem Gipfel in Brasilia der Gründungsvertrag für Unasur unterzeichnet. Als erste Schritte zur Institutionalisierung vereinbarte man, ein

⁷⁴ Jörg Husar/Günther Maihold, *Neue Prioritäten im Mercosur*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, August 2006 (SWP-Aktuell 36/2006).

⁷⁵ Abschlusserklärung des ersten Treffens der Staats- und Regierungschefs der Südamerikanischen Gemeinschaft, 30.9.2005, <http://www.comunidadandina.org/documentos/dec_int/casa_2005_3.htm> (eingesehen am 27.3.2008).

permanentes Sekretariat einzurichten sowie eine politische Kommission und einen Rat der Delegierten zu bilden. Im südamerikanischen Energierat (der zwölf Energieminister) soll ein Abkommen über Gas, Erdöl, alternative Energie und Energieeinsparungen erarbeitet werden.⁷⁶ Über das von Venezuela betriebene Projekt eines regionalen Gaskartells (Organización de Países Productores y Exportadores de Gas, OPPEGAS) nach Vorbild des Erdölkartells OPEC konnte jedoch noch kein Einvernehmen erzielt werden.

Das Streben nach finanzieller Autonomie – Banco del Sur

Im November 2007 wurde in Buenos Aires der Gründungsvertrag für die Bank des Südens (Banco del Sur) unterzeichnet. Beteiligt sind Venezuela, Argentinien, Bolivien, Brasilien, Ecuador, Paraguay und Uruguay. Damit wurde ein Projekt des venezolanischen Präsidenten in die Tat umgesetzt, das dieser seit 2004 verfolgt hatte.⁷⁷ Im Februar 2007 war ein venezolanisch-argentinischer Beschluss über die Gründung einer eigenen Bank vorausgegangen,⁷⁸ ihm folgte im Oktober die Deklaration von Rio, in der die sieben Länder die regionale finanzielle Unabhängigkeit als Ziel festlegten. Nährboden für diese Initiativen ist die Unzufriedenheit mit der Praxis der Kreditvergabe bei Weltbank und IWF. Diese würden sich in die inneren Angelegenheiten der Staaten einmischen, so der Vorwurf, und den Zwang ausüben, staatliches Eigentum zu privatisieren. Gegen das Wirken der zentralen internationalen Finanzinstitutionen soll daher ein klares Zeichen gesetzt werden. Dabei inszeniert man offene Affronts gegen die etablierten Einrichtungen, ohne sich an der laufenden Debatte über deren Neuausrichtung zu beteiligen.

Mit Hilfe der neuen Bank des Südens soll in erster Linie die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Mitgliedsländer vorangetrieben werden. Dazu sollen

⁷⁶ Vgl. den am 23. Mai 2008 auf dem dritten Gipfel von Unasur verabschiedeten Gründungsvertrag, <<http://www.integracionsur.com/sudamerica/TratadoUnasurBrasil08.pdf>> (eingesehen am 25.7.2008).

⁷⁷ Siehe Gründungsakte der Bank des Südens, Dezember 2007, <<http://www.integracionsur.com/sudamerica/ActaFundacionBancoSur2007.pdf>> (eingesehen am 29.2.2008).

⁷⁸ Mehr zum Gründungsprozess: Raúl Zibechi, *Bank of the South: Toward Financial Autonomy, Americas Program Report*, Washington, D.C.: Center for International Policy, 6.7.2007, <<http://americas.irc-online.org/am/4364>> (eingesehen am 20.7.2008).

Infrastrukturprojekte gefördert, die Expansion bestehender nationaler Betriebe unterstützt sowie kleinere und mittlere Unternehmen finanziert werden – ungeachtet der Tatsache, dass diese Aufgaben eigentlich vor allem im Zuständigkeitsbereich der Interamerikanischen Entwicklungsbank (Inter-American Development Bank, IADB) liegen. Die Beiträge der Mitgliedsstaaten sollen entsprechend ihrer unterschiedlichen Wirtschaftskraft gewichtet werden, ihr Stimmrecht im Gegensatz zu den Bretton-Woods-Institutionen jedoch gleichwertig sein.⁷⁹ Argentinien, Brasilien und Venezuela sollen innerhalb eines Jahres jeweils 2 Milliarden US-Dollar bereitstellen, Uruguay und Ecuador jeweils 400 Millionen US-Dollar im Zeitraum von zehn Jahren beisteuern. Paraguay und Bolivien schließlich sollen jeweils 100 Millionen US-Dollar in einer ersten Tranche aufbringen. Die restliche Finanzierung des angestrebten Startkapitals von 10 Milliarden US-Dollar soll durch Beiträge Chiles, Kolumbiens, Perus, Surinames und Guyanas aufgebracht werden, die die Absicht bekundet haben, sich dem Projekt anzuschließen. Wann die Bank allerdings wirklich geschäftsfähig sein wird, ist bislang nicht abzuschätzen.

Mit der Gründung der Banco del Sur (mit Sitz in Caracas) können die Mitgliedsländer – so die Erwartung – erhebliche Zinsleistungen und Devisen sparen, während gleichzeitig die Geldschöpfung in der Region angekurbelt wird. Dadurch ließe sich nicht nur der chronische Kapitalbedarf befriedigen, sondern auch das Geld für weitere Projekte aufbringen. Dies würde die Unabhängigkeit erhöhen und die Anfälligkeit gegenüber dem Ausland verringern. Als mögliche Zukunftsprojekte werden die Gründung eines Stabilisierungs- und Entwicklungsfonds und eine gemeinsame Währung in Erwägung gezogen.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist das Startkapital jedoch zu gering, um der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds Konkurrenz zu machen. Hinzu kommen weitere Probleme: So werden Chile, Peru und Kolumbien vorerst nicht beitreten, was die Durchschlagskraft der neuen Institution stark mindern wird. Zudem fehlt es an qualifiziertem Personal und am Zugang zu den weltweiten Finanzmärkten, die für eine Refinanzierung nötig sind. Außerdem ist die Zahlungsmoral lateinamerikanischer Staaten nicht sehr hoch, was die Erfüllung ihrer internationalen

Verpflichtungen betrifft. Schließlich muss man einen möglichen Machtmissbrauch durch Venezuela befürchten, dem allerdings durch die große Gegenmacht Brasiliens begegnet werden könnte. Auch innerhalb der Gemeinschaft gibt es bereits erste Probleme, weil Brasilien und Venezuela gegensätzliche Positionen vertreten: So stellt die Banco del Sur für Chávez eine klare Alternative zum Weltwährungsfonds dar, während sich nach brasilianischer Lesart ihre Rolle auf die Finanzierung von regionalen Infrastrukturprojekten beschränken soll.⁸⁰

Mit der Institutionalisierung dieses ursprünglich venezolanischen Projektes brachten sich die lateinamerikanischen Staaten gegenüber den USA in Position. Zudem schufen sie ein Instrument, um die etablierten internationalen Finanzorganisationen zu provozieren: Ecuadors Präsident Rafael Correa erklärte im April 2007 den Weltbank-Repräsentanten Eduardo Somensatto zur persona non grata; Bolivien erkennt die Autorität des Streitschlichtungszentrums der Weltbank nicht an; Venezuela wiederum verkündete seinen Austritt aus dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank.⁸¹ Vollzogen hat es diesen Schritt bislang allerdings nicht, da es sonst Abschlüsse auf venezolanische Schuldentitel hinnehmen müsste, was erhebliche finanzielle Engpässe für das Land nach sich ziehen könnte. Gerade in diesem Bereich wird deutlich, dass die Diskrepanz zwischen Ankündigung und Realität gängiges Merkmal der venezolanischen Außenpolitik geworden ist. Viele Ankündigungen scheinen vor allem situationsbedingter Rhetorik zu entspringen und kaum manifestes Verhalten nach sich zu ziehen.

Das »Sponsoring« der kulturellen Einheit Südamerikas – TeleSUR

Die Förderung von Kooperation und Integration in Lateinamerika durch Venezuela beschränkt sich nicht auf Initiativen zur handels- und finanzwirtschaft-

⁸⁰ María José Martínez Vial, »Banco del Sur. ¿Lógica o desafío?« [Banco del Sur. Logik oder Herausforderung?], in: *Política Exterior*, 21 (2007) 119, S. 29–33.

⁸¹ Venezuela hat seit 1999 seine Abhängigkeit von den internationalen Finanzinstitutionen kontinuierlich reduziert. Vor kurzem zahlte es sämtliche Schulden fünf Jahre vor dem vorgesehenen Zeitpunkt zurück und sparte dabei 8 Mio. US-Dollar. Im Jahr 2006 hat der Internationale Währungsfonds alle seine Niederlassungen in Venezuela geschlossen.

⁷⁹ Vgl. Hartmut Sangmeister/A. Lisa Thimm, »Kann Lateinamerika von der Globalisierung des Kapitals profitieren?«, *GIGA-Focus*, (2007) 9, S. 6f. <http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_lateinamerika_0709.pdf> (eingesehen am 25.7.2008).

lichen sowie politischen Integration. Präsident Chávez hat mit der Gründung des Senders TeleSUR auch im Medienbereich eine neue Dimension zwischenstaatlicher Zusammenarbeit erschlossen.⁸² Diese rund um die Uhr in spanischer Sprache sendende Fernsehstation ist als Konkurrenz zu den Kanälen CNN, BBC und Fox News gedacht, die ihre Nachrichtenprogramme in Lateinamerika ebenfalls auf Spanisch verbreiten. Der Sender wurde als Ableger des staatlichen Medienunternehmens Venezolana de Televisión gegründet und von Venezuela mit einem Startkapital von 2,5 Millionen US-Dollar ausgestattet. Der laufende Betrieb wird zu 51% von Venezuela, 20% von Argentinien, 19% von Kuba und 10% von Uruguay finanziert. Mit dem staatlichen Sender TV Brasil wurde eine Zusammenarbeit vereinbart, so dass die gesamte Region abgedeckt werden konnte. Das Signal des Programms ist über Satellit in ganz Lateinamerika, Westeuropa und Nordwestafrika zu empfangen.

Mit dieser Initiative möchte Venezuela mehrere Ziele erreichen. Erstens soll eine Gegenöffentlichkeit zu den von den USA und privaten Sendern dominierten Nachrichtensendungen auf dem Subkontinent hergestellt werden. Zweitens soll die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Sendern der Region erweitert werden. Damit soll drittens ein eigenes kulturelles Selbstverständnis gefördert werden. Dass dazu eine politische Note tritt, ist nicht überraschend: So strebt TeleSUR angeblich eine Partnerschaft mit dem arabischen Sender Al Dschasira an, der seinerseits in Caracas ein Büro eröffnen will. Bislang liegen zur Akzeptanz des Senders beim lateinamerikanischen Publikum, das vor allem kommerzielle Telenovelas gewohnt ist, keine Daten vor. Da der Sender einen Nachrichtenanteil von 40% aufweist, produziert er möglicherweise an den traditionellen Gewohnheiten der Fernsehzuschauer vorbei.

⁸² Vgl. Günther Maihold, »TeleSUR: la creación televisiva de lo latinoamericano« [TeleSur: Die elektronische Schöpfung des Lateinamerikanischen], in: *Iberoamericana. América Latina – España – Portugal*, 8 (2008) 29, S. 183–188, sowie <<http://www.telesurtv.net>>.

Venezuelas weltpolitischer Gestaltungsanspruch

Durchsichtige Zweckgemeinschaft – die Allianz mit dem Iran

Schon ein halbes Jahr nach seinem Amtsantritt, nämlich im August 1999, bereiste der venezolanische Präsident sämtliche zehn OPEC-Länder, um diese zu einem OPEC-Gipfel einzuladen, der 2000 in Caracas stattfand. Das erste Zusammentreffen von Hugo Chávez und Mohammad Khatami in Teheran markierte den Beginn einer neuen Süd-Süd-Allianz. Diese soll nicht nur dem Kampf um eine Reduzierung der Ölfördermengen und somit eine Erhöhung der Preise dienen. Darüber hinaus ist sie ein eindeutiges Zeichen für die gewollte Kooperation Venezuelas mit (von den USA) so genannten Schurkenstaaten und setzt die Reihe politischer Provokationen durch Präsident Chávez fort. Bei Chávez' schon im Mai 2001 folgendem zweiten Besuch im Iran wurde ein gemeinsames Memorandum unterzeichnet, auf dessen Grundlage ein Jahr später eine gemischte Kommission für die bilaterale Zusammenarbeit auf politischem, wirtschaftlichem, wissenschaftlichem, technologischem und kulturellem Gebiet geschaffen wurde.⁸³ Das neue Bündnis wurde mit dem Amtsantritt des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad im Jahr 2005 weiter vertieft: Neben einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit unterstützt man sich gegenseitig in internationalen Organisationen wie der OPEC, den Vereinten Nationen und der Atomenergiebehörde (IAEA).

Insgesamt haben Venezuela und der Iran inzwischen mehr als 150 Abkommen auf verschiedensten Sektoren geschlossen. Diese reichen von der gemeinsamen Ölförderung bis zum Kulturaustausch, ihr Wert wird auf insgesamt rund 20 Milliarden US-Dollar

geschätzt.⁸⁴ Im Vordergrund steht dabei der Erdölsektor, daneben gibt es unzählige Abkommen in den Bereichen Petrochemie, Zementfabrikation, Transport, Traktorenbau und Landwirtschaft. Dabei handelt es sich in der Regel um den Versuch, gemischte Unternehmen aufzubauen und Arbeiter auszubilden. Im Oktober 2006 wurde eine gemeinsame Raffinerie in Syrien mit einer Kapazität von 150 000 Barrel pro Tag gebaut,⁸⁵ im März 2007 eine Fluglinie zwischen Teheran und Caracas via Damaskus eröffnet. Seit Juli 2007 arbeiten die Erdölunternehmen Petropars und PdVSA bei der Quantifizierung und Zertifizierung der Vorkommen von extraschwerem Erdöl im Orinocodelta zusammen. Zeitgleich wurden weitere Projekte geplant: die Gründung eines gemeinsamen petrochemischen Unternehmens zur Methanolgewinnung im Iran im Wert von ca. 650 Millionen US-Dollar (ein weiteres soll in Venezuela folgen), der Bau von vier Öltankern und Verbesserungen in den entsprechenden Docks und Werften.

Für die Offshore-Gasförderung in Venezuela will man nach dem gleichen Konzept verfahren: Neben einem gemeinsamen Ingenieurprojekt soll ein Joint Venture mit paritätischer Beteiligung vorangetrieben werden. Im September 2007 verkündeten beide Seiten, man wolle einen bilateralen Fonds mit einem Anfangskapital von 2 Milliarden US-Dollar aufbauen, der die gegenseitige Entwicklung, aber auch die ärmerer Entwicklungsländer unterstützen solle. Präsident Chávez betonte, der Fonds erlaube es, Investitionen vor allem in solchen Ländern zu tätigen, deren Regierungen den Versuch machten, sich vom amerikanischen Imperialismus zu lösen.⁸⁶

⁸³ Präsident Mohammad Khatami besuchte Venezuela während seiner Amtszeit noch zweimal: im Februar 2004 anlässlich der G15-Konferenz in Caracas und im März 2005 zur Unterzeichnung eines weiteren Memorandums über die Kooperation auf den Gebieten Öl und Gas. Der venezolanische Präsident absolvierte etliche Staatsbesuche im Iran: im Oktober 2001, im November 2004, im Juli 2006, im Juli 2007 und im November 2007. Präsident Mahmud Ahmadinedschad besuchte Lateinamerika seit seiner Amtsübernahme dreimal: im September 2006, im Januar 2007 und im September 2007.

⁸⁴ Siehe Carlos Malamud/Carlota García Encina, *Los actores extraregionales en América Latina (II): Irán* [Die außerregionalen Akteure in Lateinamerika (II): Iran], Madrid: Real Instituto Elcano (ARI 124/2007, 26.11.2007), S. 3, <http://www.realinstitutoelcano.org/wps/portal/rielcano/contenido?WCM_GLOBAL_CONTEXT=/Elcano_es/Zonas_es/ARI124-2007> (eingesehen am 20.7.2008).

⁸⁵ Bundesagentur für Außenwirtschaft, *Energiewirtschaft Venezuela 2006* [wie Fn. 60].

⁸⁶ Dieser Fonds »will permit us to underpin investments [...] above all in those countries whose governments are making efforts to liberate themselves from the (US) imperialist yoke [...] Death to US imperialism«, so Chávez laut Aljazeera.net,

Was die Qualität dieser Zusammenarbeit betrifft, scheiden sich die Geister: Einige Beobachter werten die bilateralen Abkommen in erster Linie als Worthülsen und bestreiten die weltpolitische Bedeutung des neuen Bündnisses.⁸⁷ Andere wiederum konstatieren, die wirtschaftliche Zusammenarbeit sei zwar noch bescheiden, schreite aber kontinuierlich voran,⁸⁸ wobei das Potential dieses Bündnisses auf dem Ölssektor nicht zu unterschätzen sei.⁸⁹

Neben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die beide Beteiligten vor der internationalen Isolierung bewahren soll, besitzt die neue Allianz eine ideologische Konnotation: Die Präsidenten bezeichnen sich gerne gegenseitig als Brüder und betonten mehr als einmal, sie wollten gemeinsam den Imperialismus Nordamerikas bekämpfen. Mit Venezuelas Hilfe baute der Iran in den letzten Jahren seinen Einfluss in anderen Ländern Lateinamerikas aus: Anfang 2007 kündigte er an, neben den bestehenden Botschaften in Kuba, Venezuela, Mexiko, Brasilien und Argentinien nun auch diplomatische Vertretungen in Chile, Kolumbien, Ecuador, Nicaragua und Uruguay sowie eine Repräsentanz in Bolivien zu eröffnen. Bei einer Lateinamerikareise im Januar 2007 besuchte Ahmadinedschad Bolivien, Nicaragua und Ecuador. Mit Nicaragua wurden nach 16 Jahren Unterbrechung wieder diplomatische Beziehungen aufgenommen, und im September 2007 unterschrieb der Iran mit Bolivien einen Fünf-Jahres-Kooperationsplan mit einem Investitionsvolumen von einer Milliarde US-Dollar.

Besondere Bedeutung hat das bilaterale Verhältnis durch die venezolanische Unterstützung für das iranische Atomprogramm gewonnen. Im September 2005 nahmen alle IAEA-Mitglieder eine Resolution an, die den Iran beschuldigte, internationale Atomsicherheitsvorschriften zu brechen. Venezuela war das einzige Land, das dagegen stimmte – ein Verhalten, das Ahmadinedschad als »brave and judicious« bezeichnete. Auch in den Resolutionen vom September 2006 und Februar 2007 stellte sich Venezuela gegen

die Internationale Atomenergiebehörde. Auf dem Treffen der blockfreien Staaten im September 2006 unterstrichen diese ihre Unterstützung für den Iran.⁹⁰ Dabei ist unklar, ob Venezuela und der Iran auf dem Gebiet der Atomtechnologie kooperieren. Zwar äußerte im Februar 2006 Gholamali Haddadadel, Sprecher des iranischen Parlaments, der Iran werde Venezuela möglicherweise beim Aufbau nuklearer Technologie unterstützen. Bisher wurde jedoch nur ein Abkommen zwischen den beiden Ländern geschlossen, das es dem Iran erlaubt, in Venezuela Uran zu fördern, von dem es dort große Vorkommen gibt.⁹¹ Über die nuklearen Potentiale, die Bedrohungsszenarien, die aus dem iranischen Atomprogramm folgen könnten, und die Frage, ob auch von Venezuela eine nukleare Bedrohung ausgehen könnte, lässt sich nur spekulieren – ebenso wie über eine mögliche Verwicklung der Länder in den internationalen Terrorismus. Aus dem Verhalten der USA wird jedoch deutlich, dass sie beide Länder als Bedrohung einstuft und deren neue Zusammenarbeit genauestens beobachtet, zumal vermutet wird, dass Venezuela dem Iran dabei behilflich ist, die von der internationalen Gemeinschaft gegen ihn verhängten Sanktionen zu umgehen.

Was eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der konventionellen Waffen betrifft, kann man sich dagegen an Tatsachen halten. So machte der venezolanische Präsident kein Hehl daraus, dass seine Regierung beim Bau einer Sprengstofffabrik von iranischen Offizieren beraten wird. Im Januar 2007 bestätigte der damalige Verteidigungsminister Raúl Baduel zudem, dass Venezuela in Zusammenarbeit mit dem Iran ein unbemanntes Fluggerät entwickeln werde (wahrscheinlich um die Grenze zu Kolumbien zu überwachen). Zudem werde Venezuela den Iran bitten, seine Flotte von F5-Kampfflugzeugen instand zu setzen, da Venezuela seit dem Waffenverkaufsverbot, erlassen durch die USA im Jahr 2006, keine Ersatzteile mehr erwerben könne.

Nicht nur die Angst vor einer möglichen Destabilisierung Südamerikas durch venezolanische Waffen-

»Chávez and Iran Unveil Anti-US Fund«, 14.1.2007, <<http://english.aljazeera.net/NR/exeres/FBBF5028-87F2-4FD5-A411-BF01B23FCBF9.htm>> (eingesehen am 3.3.2008).

⁸⁷ Siehe Malamud/Encina, *Los actores extraregionales en América Latina (II): Irán* [wie Fn. 84].

⁸⁸ Siehe Andy Webb-Vidal, »Oiling the Axis. Ties between Iran and Venezuela«, in: *Jane's Intelligence Review*, 19 (2007) 8, S. 33–35.

⁸⁹ Venezuela ist das fünft-, der Iran das zweitgrößte Mitglied der OPEC, gemessen an der Ölfördermenge. Zusammen produzieren sie 20% des gesamten Outputs der Organisation.

⁹⁰ In der abschließenden Erklärung heißt es unter Punkt 2: »el derecho fundamental e inalienable de todos los Estados a desarrollar la investigación, producción y utilización de la energía nuclear con fines pacíficos« [das grundlegende und unveräußerliche Recht aller Staaten, ihre Forschung, Produktion und Nutzung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken zu entwickeln]; vgl. Declaración sobre la cuestión nuclear de la República Islámica del Irán (NAM 2006/Doc. 12/Rev.1), <<http://canada.cubanoal.cu/index.html>> (eingesehen am 25.7.2008).

⁹¹ Siehe Webb-Vidal, »Oiling the Axis« [wie Fn. 88], S. 34f.

käufe beunruhigt die USA. Besorgnis erregten auch Chávez' Äußerungen, er werde Akteure im Mittleren Osten fördern, die gegen die USA und Israel vorgehen, darunter vor allem solche, die Unterstützung durch den Iran erhielten. Im August 2006 kritisierte Chávez die israelische Militäroffensive gegen die Hisbollah im Libanon und bezeichnete sie als »neuen Holocaust«. Dass Venezuela seinen Botschafter aus Tel Aviv abzog, führte im Libanon zu einer Welle der Begeisterung.⁹²

Über die Bedeutung des Bündnisses zwischen Venezuela und dem Iran kann man geteilter Meinung sein. Ohnehin ist es aufgrund mangelnder Transparenz kaum möglich, genaue Aussagen über Umfang und Reichweite der iranisch-venezolanischen Allianz zu treffen. Tatsache ist jedoch, dass sie Ähnlichkeit mit den Beziehungen aufweist, die Chávez zu anderen Ländern unterhält: Den zahllosen Abkommen und Treffen folgt nur in wenigen Fällen eine Umsetzung der angekündigten Schritte in die Tat. Die iranisch-venezolanische Verbindung hat gleichwohl zu einer neuen Form der Süd-Süd-Kooperation geführt, die vor allem in den USA Nervosität hervorruft.⁹³

Auf kurz- und mittelfristige Sicht wird diese Allianz für Europa und die USA wahrscheinlich keine Bedrohung darstellen. Sollte sich jedoch die wirtschaftliche Zusammenarbeit insbesondere auf dem Ölsektor intensivieren, könnte dies für die erdölexportierenden Länder aufgrund höherer Preise und geringerer Förderquoten zu einer Herausforderung werden.⁹⁴ Um globale Ambitionen umzusetzen, fehlen beiden Ländern bislang allerdings die internationale Ausstrahlung sowie die notwendigen Machtmittel.

Die Suche nach einer weltpolitischen Sprecherrolle

Mit der venezolanischen Bewerbung um einen Sitz im UN-Sicherheitsrat 2006 wurde deutlich, dass das süd-amerikanische Land nicht nur in Lateinamerika nach einer Führungsrolle strebt, sondern auch auf der weltpolitischen Bühne mitspielen will. Zu diesem Zweck versuchte Chávez bereits vor seiner Kandidatur, auf ausgedehnten Reisen Verbündete zu finden und Allianzen zu schmieden.

Auffällig ist dabei der Wille zur Kooperation mit Ländern, die sich auf Distanz zu den USA befinden, wie Weißrussland, Iran, Libyen und Syrien. Darin ist gewiss ein verbindendes Element zu sehen, und so versucht Chávez diese weltpolitischen Außenseiter zu einer Allianz zusammenzuführen. Mit der oben erwähnten Rede vor der UN-Vollversammlung im September 2006, in der er den US-Präsidenten beleidigte, überdehnte er seine Provokationen jedoch derart, dass Venezuela den Rückhalt vieler Länder verlor. So gewann der venezolanische Präsident mit seiner »antiimperialistischen« und gegen den Neoliberalismus gerichteten Strategie zwar einige Verbündete, im Ganzen aber trug sie zum Scheitern seiner Kandidatur bei.

Seit Mitte Oktober 2006 hatten Venezuela und Guatemala um den lateinamerikanischen Sitz im Sicherheitsrat gekämpft. In 47 Wahlrunden konnte keines der beiden Länder die nötige Zweidrittelmehrheit erringen. Guatemala, das von den USA und der EU unterstützt wurde, lag beim 46. Mal zwar vorn, verfehlte aber die erforderliche Mehrheit. Auf der anderen Seite stellten sich die G77 und China hinter Venezuela. Lateinamerika zeigte sich indes gespalten: Während Venezuela die Stimmen der meisten süd-amerikanischen und karibischen Staaten erhielt, bevorzugten Mexiko, Kolumbien und die zentral-amerikanischen Länder den Kandidaten Guatemala. Chile, Ecuador und Peru enthielten sich.⁹⁵ Im November 2006 schließlich einigten sich die beiden Länder überraschend auf Panama als Kompromisskandidaten.

⁹² In den Straßen Beiruts wurden daraufhin Plakate von Chávez neben denen von Hisbollah-Führer Hassan Nasrallah aufgehängt.

⁹³ Dazu auch Karin Kneissl, »Der Iran und Venezuela – natürliche Verbündete oder temporäre Partner?«, in: Reinhard C. Meier-Walser (Hg.), *Energieversorgung als sicherheitspolitische Herausforderung*, München: Hanns-Seidel-Stiftung, 2007, S. 241–252.

⁹⁴ Dehéz und Rieck vertreten die These, dass es sich bei der Allianz der beiden Staaten um keine belastbare Gemeinschaft handelt. Siehe Dustin Dehéz/Christian E. Rieck, »Die ›Schurkenachse‹ – Der Iran und Venezuela«, in: *WeltTrends*, 16 (2008) 58, S. 59–71.

⁹⁵ Eine umfassende Analyse der Konkurrenz zwischen Guatemala und Venezuela findet sich bei Susanne Gratius, *Venezuela contra EE.UU.: La lucha por el asiento latinoamericano en el consejo de Seguridad* [Venezuela gegen USA: Der Kampf um einen lateinamerikanischen Sitz im Sicherheitsrat], Madrid: FRIDE, 2006, <<http://www.almendron.com/politica/pdf/2006/8839.pdf>> (eingesehen am 22.7.2008).

Die solidarische Außenpolitik – Versuch der Überwindung von Peripherie und Zentrum durch Public Diplomacy

Seit August 2007 subventioniert Venezuela den öffentlichen Nahverkehr von London. Grundlage dafür ist ein Abkommen, das Chávez Anfang 2007 mit dem (im Mai 2008 abgewählten) Labour-Bürgermeister Ken Livingstone unterzeichnete.⁹⁶ Ziel ist es, einkommensschwache Londoner mit Tickets für die öffentlichen Verkehrsmittel zum halben Preis zu unterstützen. Als Gegenleistung werden englische Techniker der venezolanischen Regierung bei Aufbau und Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs zur Seite stehen.⁹⁷ Im Rahmen dieser Initiative, die im Jahr 2006 während eines Besuches von Chávez in London entwickelt wurde, haben nach Londoner Angaben ungefähr 250 000 Menschen vergünstigte Tickets erhalten. Dass Chávez bei diesem Aufenthalt mit keinem Mitglied der britischen Regierung zusammentraf, ließ erkennen, dass Regierungskreise diese Maßnahme als deutliche Provokation einschätzten.

Doch nicht nur in England versucht Venezuela, eine solidarische Außenpolitik zu implementieren, die die staatliche Außenpolitik provozieren und unterlaufen soll. Als »ideologische Philanthropie« werden die Programme der »Häuser für venezolanische Freundschaft« in einer Fülle lateinamerikanischer Länder bewertet. Dort werden beispielsweise Augenoperationen für Bedürftige ermöglicht. Weil diese sogenannten ALBA-Häuser inzwischen weit verbreitet sind, hat der peruanische Kongress am 14. März 2008 eine Untersuchungskommission eingesetzt. Es besteht der Verdacht, dass die Häuser dazu dienen, die Souveränität des Landes zu untergraben.⁹⁸

Auch in den Vereinigten Staaten betreibt Venezuela seine solidarische Außenpolitik: Im Jahr 2005 wurde zusammen mit der NGO Citizens Energy Corporation

das »CITGO-Venezuelan Heating Oil Program« geschaffen, um Ausfälle in der Ölversorgung nach den Hurrikans Katrina und Rita zu kompensieren. Ein-schnitte im staatlichen Sozialprogramm »Federal Heating Oil Assistance Program« nahm Chávez zum Anlass, den ärmeren Teil der US-Bevölkerung zu unterstützen. So wurden – nach Angaben von CITGO – allein von Dezember 2007 bis April 2008 224 000 Haushalte mit 45 Millionen Gallonen Öl versorgt.⁹⁹ Insgesamt sollen 23 US-Bundesstaaten, darunter Massachusetts, New York, Virginia und Indiana, an dem Projekt beteiligt sein und mehr als 200 Reservate der indianischen Bevölkerung davon profitieren.¹⁰⁰

⁹⁶ Energy Funding Contribution and Co-operation Agreement between (Petróleos de Venezuela) PDV Europa B.V. and Greater London Authority and Transport for London, <http://www.london.gov.uk/news/docs/venezuelan_energy.rtf> (eingesehen am 20.7.2008).

⁹⁷ Siehe Lourdes Gómez, »Londres baja el precio del autobús gracias a un acuerdo con Chávez« [London senkt den Preis für Bustickets dank eines Übereinkommens mit Chávez], in: *El País*, 22.8.2007, <http://www.elpais.com/articulo/internacional/Londres/baja/precio/autobus/gracias/acuerdo/Chavez/elpepuint/20070822elpepiint_7/Tes> (eingesehen am 24.2.2008).

⁹⁸ <http://www.congreso.gob.pe/comisiones/2008/ci_alba/presentacion.htm> (eingesehen am 13.5.2008).

⁹⁹ Siehe »The CITGO-Venezuela Heating Oil Program«, <<http://www.citgoheatingoil.com/about.asp>> (eingesehen am 24.2.2008).

¹⁰⁰ Pablo Bachelet, »Chávez Works on U.S. Image«, in: *Miami Herald*, 6.2.2008, <<http://www.miamiherald.com/949/v-print/story/388403.html>> (eingesehen am 28.3.2008).

Schlussfolgerungen und Empfehlungen: Die Reichweite der provokativen Außenpolitik Venezuelas und die Reaktionen darauf

Ob Stilelement außenpolitischen Handelns oder Instrument zur Durchsetzung nationaler Interessen: Provokation zielt nicht nur auf die Empörung beim politischen Gegenüber. Sie versucht überdies politischen Positionen Raum zu verschaffen, die im dominanten Diskurs keinen Platz finden oder marginalisiert werden. Dies gilt auch für die venezolanische Außenpolitik unter Präsident Chávez. Durch seine Provokationen sollen die bestehende Ordnung herausgefordert, der Diskurs erweitert und Anerkennung und Meinungsführerschaft gewonnen werden, indem alternativen Wertvorstellungen und Ordnungsmustern Geltung verschafft wird. Gerade in der Kombination mit strategischen Ressourcen wie Öl und Gas bzw. den Erlösen aus deren Verkauf auf den internationalen Märkten können solche Provokationen operative Bedeutung gewinnen. Sie verändern das politische Handeln aller beteiligten Akteure, so dass gewisse Verschiebungen in den internationalen Beziehungen stattfinden. Dass dann – zumal bei einer so stark personalisierten Form der Amtsführung wie in Venezuela – mehr Rhetorik als Realität im Spiel ist, nimmt der Außenpolitik von Hugo Chávez nichts von ihrer Wirkung.

Betrachtet man die zentralen außenpolitischen Aktionsfelder des Landes, ergibt sich ein gemischtes Bild:

Im regionalen Rahmen Lateinamerikas kann festgestellt werden, dass Präsident Chávez in allererster Linie auf Allianzbildung und Loyalitätsbindung im Zeichen von Öl und Gas gesetzt und damit neue Institutionen geschaffen hat. Grundlage dafür ist ein vielseitiges Engagement, in dessen Rahmen Länder, Regierungen und subnationale Akteure solidarisch mit Öl bzw. finanziellen Ressourcen unterstützt werden. Auf diese Weise entstanden neue Integrationsinstanzen und Kooperationsformen. Hier sollen dauerhafte Strukturen geschaffen werden, die vor allem bei den Partnern Venezuelas in der Karibik oder etwa im bilateralen Verhältnis zu Argentinien auf Energielieferungen oder Finanztransfers beruhen. Diese Arrangements sind allerdings notwendig prekär: Sinken die Öleinnahmen oder bieten sich für diese Länder andere Einnahmequellen, kann sich ihr außenpolitisches Verhalten schnell ändern. Die Bindungswirkung des auf Öl

basierenden Beziehungsmusters im Rahmen von ALBA und PetroAmérica kann daher nur oberflächlich sein.

Hinzu kommt, dass Chávez' System des Loyalitätserwerbs via Öl und Gas bereits bestehende Formen der Integration und Kooperation schwächt bzw. unter Konkurrenzdruck setzt. In dieser Hinsicht hat Chávez' politische Agenda in den vergangenen Jahren die Beziehungen in Lateinamerika nachdrücklich geprägt.

Allerdings sind viele der anvisierten Projekte bestenfalls mittelfristig umzusetzen, geplante Investitionen stehen bislang nur auf dem Papier oder erweisen sich als in der Praxis kaum realisierbar. Wenig erfolgreich sind zudem vor allem jene Initiativen, die stark vom ideologischen Apparat des bolivarianischen Integrationismus und der antiimperialistischen Solidarität gekennzeichnet sind, wie etwa die ALBA-Projekte. Nur wenige Länder haben sich auf das ideologische Programm verpflichtet, so dass die Strahlkraft dieser Initiative als eher beschränkt anzusehen ist. Venezuelas Außenpolitik unter Hugo Chávez ist daher kaum über einen multiplen Bilateralismus hinausgekommen. Bislang ist es nicht gelungen, eine stabile regionale Interaktionsstruktur zu begründen, die von inhaltlichen Konzepten und konsensfähigen Initiativen getragen würde. Dem Bemühen der Regierung, durch außenpolitischen Aktivismus das eigene Entwicklungsmodell als exportfähig zu präsentieren, war damit wenig Erfolg beschieden, da Chávez durch die polarisierende Wirkung seiner Provokationen potentielle Gefolgsleute eher verschreckte denn um sich scharte.

Ebenso wenig ist es Hugo Chávez gelungen, die erstrebte Führungsrolle in Südamerika zu übernehmen. Stattdessen zeichnet sich eine wachsende Führungskonkurrenz zwischen Venezuela und Brasilien ab. Im Mai 2006 vollzog sich offensichtlich ein Wechsel in der brasilianischen Politik gegenüber Venezuela. Dieser ist der Verstaatlichung des Gassektors in Bolivien geschuldet, von der auch der Großinvestor Petrobras betroffen war. Brasilien lehnt die Gründung eines im OPEC-Stil errichteten Gaskartells ab und fährt einen Kurs des begrenzten Engagements beim Projekt der Bank des Südens. Venezuelas ordnungspolitisches Leitbild, das auf eine starke Rolle des Staates und von Staatsunternehmen setzt, findet in

Brasilien keine Akzeptanz. Die Einschränkung demokratischer Rechte und der Pressefreiheit in Venezuela hat zu einer weiteren Distanzierung zwischen beiden Ländern beigetragen.

Im *internationalen Rahmen* wird man bei Fragen der internationalen Ordnungspolitik in den Bereichen Finanzordnung, Welthandel und globale Probleme nicht umhinkönnen, sich mit Venezuelas Positionen auseinanderzusetzen, da sie eine klare Richtung in der internationalen Politik markieren, die zumindest für eine Gruppe in der Weltpolitik marginalisierter Staaten attraktiv ist. Es kann nicht im Interesse deutscher oder europäischer Politik liegen, den Kreis dieser Staaten zu erweitern, die sich westlichen Positionen grundsätzlich verweigern und hinter der provokativen Vorreiterrolle von Hugo Chávez ihre eigenen, oftmals wenig profilierten Vorstellungen einordnen. Das Potential der von vielen Seiten kritisch beobachteten Zusammenarbeit zwischen dem Iran und Venezuela scheint gegenwärtig eher beschränkt zu sein. Eine technologische Spitzenposition werden beide Länder im Energiebereich wohl allenfalls mittelfristig einnehmen können.

Sucht man nach *Möglichkeiten der Reaktion auf eine provokative Außenpolitik*, bietet sich ein Blick auf Lateinamerika an: Brasilien verfolgt gegenüber Venezuela eine Politik, die als Muster für andere Staaten dienen kann, die den außenpolitischen Invektiven des venezolanischen Präsidenten ausgesetzt sind. Brasilia lässt sich auf keine Provokationen ein, reagiert auch nicht mit Empörung und Abfuhren darauf, sondern praktiziert eine »Politik der Distanz durch Einbindung«. Es versucht, venezolanische Initiativen zu entschärfen, indem es sich aktiv an deren Gestaltung beteiligt, die Stoßrichtung verändert und damit die Interessen anderer Staaten für sich gewinnt. Eine solche Option ist natürlich an das Gewicht Brasiliens im südamerikanischen Raum gebunden. Gleichwohl enthält sie die zwingende Logik, dass man auf eine mit starken materiellen Anreizen unterlegte Provokation nur durch die Organisation der Folgebereitschaft Dritter einschließlich eines Angebots zum »co-leadership« erfolgreich reagieren kann. Deshalb erweist sich dieses Modell als wirksamer als eine Risikopolitik, die versuchen würde, Gegenallianzen zu formen, und dadurch den Wirkungsgrad außenpolitischer Provokation noch steigern dürfte. Das brasilianische Modell der sanften Steuerung weist demgegenüber sehr viel größere Erfolgchancen auf, da es sich flexibel einsetzen und auf die Bedeutung der jeweiligen Initiative zuschneiden lässt. Damit wird vermieden, dass dritte Akteure

genötigt werden, sich in das eindimensionale Muster »pro oder contra Chávez« einzuordnen.

Dies gilt in besonderem Maße für die USA und auch für Europa, das bislang – sieht man von den Auseinandersetzungen mit dem spanischen König und dem früheren Ministerpräsidenten José María Aznar sowie den Ausfällen gegenüber der Bundeskanzlerin ab – selten zur Zielscheibe politischer Angriffe von Hugo Chávez wurde. Dessen Initiativen für handels- und rüstungspolitische Kooperationen wurden von den einzelnen Mitgliedstaaten der EU unterschiedlich beantwortet. Allerdings widersprechen Chávez' Vorstöße für bilaterale Abkommen oft den Gepflogenheiten seriösen internationalen Handels. Es fehlt vor allem an Transparenz; Vergabe- und Ausschreibungsmodalitäten bleiben häufig ungeklärt. Daher ist Vorsicht angebracht, wenn europäische Länder in die Pflicht genommen werden sollen, staatliche Garantien abzugeben.

Das Regime in Caracas scheint aufgrund des venezolanischen Ressourcenreichtums verhältnismäßig fest im Sattel zu sitzen. Die gravierenden Probleme bei der Versorgung der Bevölkerung sowie die mangelnde Produktivität der Wirtschaft wird es dennoch nicht dauerhaft ignorieren können. Für Europa gilt es, an die Zeit jenseits des derzeitigen kompetitiven Autoritarismus zu denken und ein Post-Chávez-Szenario zu entwerfen. Sollte in absehbarer Zeit ein politischer Umschwung stattfinden, wäre es denkbar und wünschenswert, dass demokratische venezolanische Politiker die bislang intransparenten Formen der Zusammenarbeit öffentlich brandmarken. Dies steht zwar nicht unmittelbar auf der Tagesordnung, sollte aber die Richtschnur für unser heutiges Handeln bilden.

Abkürzungen

ALBA	Alternativa Bolivariana para los pueblos de Nuestra América (Bolivarianische Alternative für Amerika)	PSUV	Partido Socialista Unido de Venezuela (Sozialistische Einheitspartei Venezuelas)
ALBANISA	ALBA de Nicaragua S.A. (gemeinsames Energieunternehmen von Nicaragua und Venezuela)	RCTV	Radio Caracas Televisión (venezolanischer Fernsehsender)
ALCA	Acuerdo de Libro Comercio de las Américas (amerikanisches Freihandelsabkommen, siehe auch FTAA)	S.A.	Sociedad Anónima (Aktiengesellschaft)
ARI	Análisis del Real Instituto Elcano	TCP	Tratado Comercial de los Pueblos (Handelsvertrag der Völker)
CAN	Comunidad Andina de Naciones (Andine Staaten-gemeinschaft)	TeleSUR	Televisión del Sur (multistaatlicher Fernsehsender)
CITGO	amerikanisches Erdölunternehmen im Besitz von PdVSA	UN	United Nations
CSN	Comunidad Sudamericana de Naciones (Südamerikanische Staatengemeinschaft)	Unasur	Unión de Naciones Sudamericanas (Südamerikanische Staatenunion)
EIU	Economist Intelligence Unit	WTO	World Trade Organization
ENARSA	Energía Argentina S.A. (mehrheitlich staatlich kontrolliertes Energieunternehmen Argentinien)	YPF	Yacimientos Petrolíferos Fiscales (ehemals staatliche Ölgesellschaft Argentinien)
ELN	Ejército de Liberación Nacional, Colombia (Nationale Befreiungsarmee, Kolumbien)		
FARC	Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens)		
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung		
FLACSO	Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales		
FRIDE	Fundación para las Relaciones Internacionales y el Diálogo Exterior (Madrid)		
FTAA	Free Trade Agreement of the Americas (Amerikanisches Freihandelsabkommen, siehe auch ALCA)		
IAEA	International Atomic Energy Agency (Internationale Atomenergiebehörde)		
IADB	Inter-American Development Bank		
IISS	The International Institute for Strategic Studies		
ILDIS	Instituto Latinoamericano de Investigaciones Sociales (Caracas)		
IWF	Internationaler Währungsfonds		
Mercosur	Mercado del Sur (Markt des Südens; südamerikanischer Integrationsverbund)		
MST	Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra (Bewegung der Landlosen, Brasilien)		
MVR	Movimiento V. República (Bewegung der V. Republik)		
NGO	Non-Governmental Organization (Nicht-regierungsorganisation)		
OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries (Organisation erdölexportierender Länder)		
OPPEGAS	Organización de Países Productores y Exportadores de Gas (Organisation gasproduzierender und -exportierender Länder)		
Petrobras	Petróleo Brasileiro S.A. (brasilianische staatliche Ölgesellschaft)		
PETRONIC	Empresa Nicaraguense del Petróleo (nicaraguanische staatliche Ölgesellschaft)		
PdVSA	Petróleos de Venezuela S.A. (venezolanische staatliche Ölgesellschaft)		

